

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Verwaltung:
Gris Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4199/4198



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Delle - Alliance - Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Copalverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung zulässig. Abdruckung ist verboten & Strafe
nach dem Copyrightgesetz, wenn nicht anders vermerkt ist. Erklärungen für beide Teile @ Berlin.

Berlin, den 2. Febr. 1933.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Charakterköpfe.

Stützen der "marxistischen Misswirtschaft".

SPD. "Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert." Das hat am Mittwoch-Abend Adolf Hitler wieder einmal - diesmal als Reichskanzler - der Welt verkündet.

Wir wollen uns nicht aufs neue der Mühe unterziehen, dem zur Macht gelangten Führer des Nationalsozialismus seine gänzliche Verständnislosigkeit für das Wesen des Marxismus zu beweisen und ebensowenig kann uns daran gelegen sein, nochmals die Rechnung aufzumachen, aus der hervorgeht, einen wie geringen Bruchteil der vierzehn Jahre die Zeit ausmacht, in der die marxistischen Sozialdemokraten an der Regierung des Reiches beteiligt gewesen sind. Es würde nicht helfen. Die Grammophonplatte würde wiederholen: der Marxismus hat geherrscht und der Marxismus trägt an aller Not und an allem Unheil die Schuld. Marxismus ist den Hitlerleuten eben alles, was ihnen nicht behagt und alles, was sie nicht begreifen. Aber einen anderen Hinweis möchten wir nicht unterlassen: es sitzen in der Regierung Hitler eine Reihe von Personen, die sich durch den Bannfluch, den ihr Chef gegen die Politik der letzten vierzehn Jahre und gegen die Träger dieser Politik schleudert, schwer getroffen fühlen müssten.

Da ist zunächst der Aussenminister v. Neurath. Er ist seit dem Beginn des Jahrhunderts im deutschen diplomatischen Dienst. Er hat ihn nach der Revolution nicht verlassen. Er erachtete es mit seiner nationalen Gesinnung nicht für unvereinbar, dem unter "marxistischer" Herrschaft stehenden Lande zu dienen. Von dem Marxisten Ebert liess er sich zum Botschafter in Rom ernennen, und er übernahm den Londoner Botschafterposten noch geraume Zeit, bevor die nationale Morgenröte angebrochen war. Muss er sich nicht an dem Ruin des Landes mitschuldig fühlen?

Da ist ferner der Finanzminister v. Schwerin-Krosigk. Minister ist er zwar erst unter Herrn v. Papen geworden. Aber schon lange zuvor sass er auf einflussreichem Platze im Reichsfinanzministerium. Er diente treu den marxistischen Verderbern Deutschlands und schliesslich gehörte er zu denen, die im letzten November beim Reichspräsidenten Einspruch gegen die Wiederbetrauung des Herrn v. Papen erhoben und sich damit auf eine Linie mit der Sozialdemokratie stellten.

Und Herr v. Papen? Viele Jahre hat er dem Zentrum angehört, als sein Abgeordneter den Preussischen Landtag "geziert", und viele Jahre lang hat er bei den "System"-Parteien einmal um diesen dann um jenen Posten gebettelt. Das Zentrum aber war im Reich wie in Preussen viel länger Regierungspartei als die Sozialdemokratie. Es muss also wohl eine grössere Verantwortung für die "Misswirtschaft" der vierzehn Jahre übernehmen. Erst als sein Ehrgeiz im Zentrum keine Befriedigung fand, entdeckte Herr v. Papen, dass er sich von seiner

Mitverantwortung lösen müsse.

Die Kundgebung Hitlers hat nach der Regierungspresse der einmütigen Auffassung des Kabinetts entsprochen. Tatsächlich haben die Herren Neurath, Schwerin-Krosigk und Papen nicht protestiert und sie haben auf diese Weise eine merkwürdige und bezeichnende Probe ihrer Charakterfestigkeit gegeben. Sie lassen es geduldig zu, dass ihre eigene Vergangenheit herabgesetzt wird. Sie zucken nicht mit der Wimper, wenn ihnen der Herr, dem sie dienen, ins Gesicht spuckt.

Aber eine andere und wichtigere Frage heischt noch Beantwortung. Wie steht es eigentlich mit Herrn von Hindenburg, dem Hitler am Mittwoch sehr im Gegensatz zu früheren Äusserungen höchstes Lob gespendet hat? Mehr als sieben von den vierzehn Jahren hat Hindenburg an der Spitze des Reichs gestanden. Er hat den Eid auf die von den "Marxisten" geschaffene Weimarer Verfassung abgelegt. Er hat sich seinerzeit Ebert zur Verfügung gestellt. Er hat mit den Regierungen die sein jetziger Kanzler des Verbrechens an der Nation zeugt, gearbeitet. Er hat sie zum Teil ernannt. Er hat sogar im Jahre 1928 den Marxisten Hermann Müller mit der Führung des Reichskabinetts betraut. Was sein gegenwärtiger Reichskanzler den "Marxisten" vorwirft, die Arbeitslosigkeit mit ihren wirtschaftlichen Folgen, fällt zu 90 Prozent in die Amtszeit Hindenburgs.

Muss Hindenburg sich nicht - wie nebenbei auch sein Staatssekretär Meissner - durch Hitlers Anklage ebenfalls getroffen fühlen? Ist der, der an hoher Stelle stehend die verbrecherischen Taten des Marxismus duldet, und sie sogar mit seinem Namen deckt, in den Augen der Nationalsozialisten nicht in derselben Verdammnis wie der Marxismus selber?

Aber auf diese Frage werden wir wohl keine Antwort erhalten.

SPD. Die Zentrumsparlei hat am Donnerstag den Briefwechsel veröffentlicht, der zwischen Hitler und dem Zentrumsführer Kaas über die Politik der Herrenklub-Regierung und die Möglichkeiten einer Tolerierung durch das Zentrum geführt worden ist.

Der Briefwechsel begann mit formulierten Fragen über die Innen-, Aussen- und Sozialpolitik der Hitler-Regierung. Die Fragen, die bereits veröffentlicht worden sind, liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Aber gerade deshalb hat es der Wunderdoktor in der Reichskanzlei vorgezogen, nicht darauf zu antworten und sie durch einen Brief an Kaas mit allgemeinen Redensarten abzutun. An einer präzisen Antwort auf die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei "die grössten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmassnahmen in dieser Richtung vorgesehen seien", hat Herr Hitler ebensowenig Interesse wie an einer genauen Antwort auf die Fragen, ob auch das neue Regime das Koalitionsrecht aufrechterhalten will oder das Tarifvertragsrecht und die Sozialversicherung aufrechterhalten werden sollen.

Der Zentrumsführer Kaas hat den Verlegenheitsbrief des Wunderdoktors in der Reichskanzlei durch eine Antwort an den Propheten von gestern und Versager von heute in das richtige Licht gestellt. Er schreibt:

"Die Fixierung der Fragen der Zentrumsparlei habe ich, Ihrem Wunsche Rechnung tragend, mit besonderer Beschleunigung fertiggestellt und sie Ihnen mit einigen Ergänzungen unter genauer Einhaltung des mit Ihnen vereinbarten Termins am Nachmittag desselben Tages 5 Uhr zukommen lassen, damit Ihre Beantwortung ohne weiteren Zeitverlust erfolgen könne und wir in die Lage versetzt würden, die Frage der Tolerierung in dieser oder jener Form wenigstens in summarischer Kenntnis des beabsichtigten Regierungskurses zu entscheiden. Eine Vorwegnahme dieser Entscheidung vor wenigstens summarischer Beantwortung dieser Fragen ist von mir in keiner Weise zugesagt worden. Sie konnte nach Lage der Sache auch nicht in Frage kommen. In den Vorverhandlungen, die

zur Bildung des neuen Kabinetts führten, ist die Zentrumspar-
teie ebenso wie die Bayerische Volkspartei durch den Vertrauensmann des Herrn Reichsprä-
sidenten bewusst ausgeschaltet worden, trotzdem der Auftrag des Herrn Reichs-
präsidenten in erster Linie auf die Feststellung der etwa vorhandenen Mehr-
heitsmöglichkeiten lautete. Die Deutsche Zentrumspar-
teie war also ohne Kenntnis der sachlichen Abmachungen, aufgrund deren die jetzige Regierung zu arbeiten
gedenke. Tolerieren kann man verantwortlicher Weise nur, was man wenigstens i
den wesentlichsten Grundzügen kennt. Unsere sachlichen Fragen sollten diese
Klärung bringen. Wenn ihre Beantwortung auch nur im Wesentlichen den Anfor-
derungen entsprochen hätte, die unser Gewissen zur Sicherung gegen verfas-
sungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährde
de Experimente uns zu stellen befahl, würde die Zentrumspar-
teie in Ueberein-
stimmung mit ihren staatspolitischen Grundsätzen und ihrer in Münster prokla-
mierten Haltung, im Bewusstsein der Schwere der Stunde, in uneigennützig
Sachlichkeit bereit gewesen sein, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen.
Aufgrund freundschaftlicher Fühlungnahme mit der Bayerischen Volksparteie war
sie gewiss, dass deren Haltung durchaus von gleichen Erwägungen bestimmt war.
Dass man die im Zuge begriffenen Verhandlungen plötzlich abbrach, dass man
nach so vielen unnütz vertanen Wochen nicht mehr die Geduld aufbrachte, die
ein- oder zweimal vierundzwanzig Stunden zu warten, innerhalb deren die Beant-
wortung der Fragen und damit die notwendige Klärung durchaus möglich gewesen
wäre, ist tief bedauerlich und von anderen zu verantworten, aber nicht von
uns. Nachdem so ohne jede Mitverantwortung unsererseits aus Gründen, die ich
offen gestanden nicht zu begreifen vermag, der von mir seit langem mit inner-
ster Ueberzeugung vertretene Sammlungsgedanke der aufbauwilligen Kräfte wie-
derum gescheitert ist, kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass der be-
vorstehende durch den Abbruch der Verhandlungen regierungsseitig herbeige-
führte Wahlkampf so geführt werde, dass der Wille zur Sammlung, in dem ich
nach wie vor die einzige Rettungsmöglichkeit für Volk und Staat sehe, nicht
zerstört wird."

Kaas hat gegen die Begründung der Reichstagsauflösung ferner einen Pro-
test-Brief an den Reichspräsidenten gerichtet und ihm zugleich Abschrift des
Briefes an den Wunderdoktor in der Reichskanzlei zugehen lassen. Dieser Brief,
aber mehr noch die Ausflüchte Hitlers an Kaas lassen deutlich erkennen, dass
die Reichstagsauflösung ebenso ein Verlegenheits- und Angstprodukt ist wie
die ganze Hitler-Regierung. Der Reichstag wurde aufgelöst weil Hitler auf
die positiven Fragen des Zentrums eine positive Antwort nicht geben durfte
und schon der Versuch einer derartigen Antwort den Misch-Masch von nationaler
Regierung zum Platzen gebracht hätte. So konstruierten die "Führer der Nation"
in ihrer Verlegenheit einen Vorwand, indem sie den Reichstag auflösten, um
einer Antwort auf an sich lebenswichtige, aber sie wenig interessierende Fra-
gen aus dem Wege zu gehen. Weil das neue Regime schon nach 24 Stunden nicht
weiter wusste, stürzte es das Volk in einen neuen, kostspieligen Wahlkampf.

SPD. Darmstadt, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Nazis und Kommunisten haben die Auflösung des hessischen Landtages und
Neuwahlen zum 5. März beantragt.

Beide Parteien besitzen im gegenwärtigen Parlament eine Mehrheit. Sie
hatten vor wenigen Wochen seine Vertagung bis zum April durchgesetzt. Nun-
mehr tritt auf ihren Antrag das Plenum am Montag, den 6. Februar zusammen,
um die Auflösung zu beschliessen.

SPD. München, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

In einem Telegramm an den Reichspräsidenten hat der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, Protest gegen die in der Begründung der Reichstagsauflösung enthaltene Behauptung erhoben, dass die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag sich als nicht möglich herausgestellt habe. Wörtlich heisst es in dem Telegramm: "Durch diese Begründung der Auflösungsorder sehe ich mich gezwungen, bezüglich der Bayerischen Volkspartei zu widersprechen und festzustellen, dass die Bayerische Volkspartei, deren grundsätzlicher Wille zur Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau bekannt sein musste, zu Verhandlungen überhaupt nicht herangezogen wurde."

Veranlassung zu diesem Protesttelegramm gab, wie die Bayerische Volkspartei mitteilt, die Auffassung des Zentrumsführers Kaas, dass die von den Führern der gegenwärtigen Regierung mit dem Zentrum geführten Verhandlungen völlig den ernstesten Willen entbehrten, zu einem Ergebnis zu gelangen. Bei diesen Verhandlungen habe es sich nur um ein Theater gehandelt, das zu dem Zweck von der Regierung inszeniert worden sei, gewisse Verantwortlichkeiten zu verschieben.

SPD. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags haben bei Herrn Dr. Frick, der trotz seiner Berufung zum Reichsinnenminister den Vorsitz in diesem Ausschuss noch nicht niedergelegt hat, den Antrag gestellt, den Ausschuss zum kommenden Montag einzuberufen. Die Sozialdemokraten schlagen als Beratungsgegenstand die Erledigung der bisher noch nicht verhandelten Punkte der Tagesordnung der letzten Sitzungen vor. Es sind das: ostasiatischer Konflikt, Handelspolitik, Kolonialprobleme.

Bei der Debatte wird sich Gelegenheit bieten, den Reichsaussenminister über die allgemeinen Richtlinien der auswärtigen Politik des Kabinetts Hitler zu befragen.

SPD. Breslau, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die in ihrer Mehrzahl nationalsozialistisch gesinnten Offiziere der Gleitwitzer Schutzpolizei haben nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in ihrem Kasino eine Siegesfeier veranstaltet. Nach reichlich genossenem Alkohol vernichteten sie das seit langen Jahren im Kasino hängende Oelgemälde des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Das Bild wurde aus dem Rahmen herausgeschnitten und zerrissen. Die leere Wandstelle wurde dann mit einem Bild Hitlers "geziert". Das Gleitwitzer Polizeipräsidium hat den geschilderten Vorgang als wahrheitsgemäss bestätigt.

SPD. Die für den kommenden Sonntag von der Berliner Sozialdemokratie und der Eisernen Front geplante Demonstration im Berliner Lustgarten ist verboten worden.

Statt dessen wird die SA zum Staatsbegräbnis aufmarschieren, das auf Kosten der Allgemeinheit einem in Berlin erschossenen SA-Mann und einem erschossenen Polizisten gestellt wird. Beide sind am Montag-Abend auf bisher noch nicht geklärte Weise getötet worden. Achtzehn unter Tatverdacht verhaftete Arbeiter mussten wieder entlassen werden. Die kommunistische Presse will aber den Täter kennen. Er sei in der SA zu suchen und es hätten sich Zeugen gemeldet, die bekunden, dass die beiden Toten Schüssen von SA-Leuten zum Opfer gefallen seien.

Das Verbot der sozialdemokratischen Kundgebung für Verfassung und Freiheit wird mit der Gefahr von politischen Zusammenstößen begründet. Am vergangenen Sonntag sind zweihunderttausend Sozialdemokraten und Republikaner stundenlang durch Berlin zum Lustgarten marschiert. Nicht der geringste Zwischenfall hat diesen gewaltigen Massenaufmarsch gestört. Aber trotz dieses Beweises für Disziplin, Ruhe und Ordnung, darf am Sonntag nur die SA marschieren. Die Berliner Sozialdemokratie wird auf diese Sorte Staatsführung, dieses zweierlei Recht am Dienstag im Lustgarten antworten.

SPD. Kiel, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

In Rendsburg versuchten Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus zu überfallen. Polizei trieb sie zurück.

Bei Segeberg überfielen Nazis den Austräger einer sozialdemokratischen Zeitung, entriessen ihm die in seinem Besitz befindlichen Blätter und verbrannten sie.

Im Landesteil Eutin drangen Nazis in Wohnungen und Gehöfte von Anhängern der Eisernen Front und forderten unter wüsten Drohungen die Einziehung der Freiheitsfahnen.

In Kiel sind alle Versammlungen der KPD sowie ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen unter freiem Himmel verboten.

Die Stadtvertretung von Elmshorn hatte den Sozialdemokraten Petersen zum Bürgermeister gewählt. Der Preussenkommissar hat jetzt ohne Angabe von Gründen die Bestätigung versagt.

SPD. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags-Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung haben den Vorsitzenden dieses Ausschusses Löbe ersucht, "zu dem frühest möglichen Termin" eine Sitzung einzuberufen. Als Tagesordnung wird in dem Ersuchen vorgeschlagen: Sicherung der Wahlfreiheit, Untersuchung der Osthilfe.

SPD. Paris, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Daladier ist am Donnerstag-Nachmittag zu ihrem ersten Kabinettsrat zusammengetreten. Die Minister besprachen die Richtlinien der Regierungserklärung, die am Freitag in der Kammer und im Senat verlesen werden soll.

Die Erklärung wird kurz sein und kein Programm auf lange Sicht enthalten, sondern nur die sofortigen Massnahmen ankündigen, die für die finanzielle Wiederaufrichtung, den Ausgleich des Budgets, die Wiederherstellung des Vertrauens, die Stärkung der Staatsautorität und die Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen werden müssen. Um dieses Werk durchzuführen, wird die Regierung um die Mitarbeit der gleichen Mehrheit bitten, die die Kabinette Herriot und Paul Boncour unterstützt hat.

SPD. In Berlin wurde am Donnerstag das Karl Liebknecht-Haus vorübergehend polizeilich besetzt. Eine Durchsuchung des Hauses führte zur Beschlagnahme von Schriftenmaterial.

SPD. Breslau, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Der anfangs Januar von Nazi-Anhängern verübte Mord an dem sozialdemokratischen Jungarbeiter Hanisch wird voraussichtlich ungesühnt bleiben. Die schwerverdächtigsten Täter wurden nach wenigen Tagen aus der Haft entlassen und ausser Verfolgung gesetzt. Auf die Beschwerde des Staatsanwaltes hat das Oberlandesgericht in Breslau diese Massnahme jetzt gebilligt!

SPD. Hitler stellte sich am Donnerstag dem Reichsrat vor. Auch bei dieser Gelegenheit klopfte er wie am Tage zuvor im Radio wieder dicke Sprüche. Auf positive Erklärungen zur Wirtschaftslage oder gar über sein Wunderrezept warteten die Reichsratsmitglieder vergeblich.

Im Namen des Reichsrats erwiderte Ministerialdirektor Brecht auf Hitlers Sprüche u.a.: "Nach der Verfassung ist der Reichsrat nicht nur zur Mitwirkung an der Gesetzgebung, sondern nach ausdrücklicher Bestimmung der Reichsverfassung auch zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Reichs berufen. Der Reichsrat ist von den Reichsministerien über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten. Seine Ausschüsse sollen für Beratungen der Reichsministerien über wichtige Gegenstände zugezogen werden. Die Arbeit des Reichsrats ist durch einen besonderen Umstand zur Zeit fühlbar beeinträchtigt. Durch das Vorgehen des Reichs in Preussen ist nicht nur das Verhältnis des Reichs zu Preussen, sondern auch zu den anderen Ländern in Mitleidenschaft gezogen. Der Reichsrat hat den Wunsch, dass diese unnormale Lage so schnell wie möglich verfassungsmässig bereinigt wird. Sie haben, Herr Reichskanzler, den schweren Schritt vom Führer einer in starker Opposition gewachsenen Bewegung zum verantwortlichen Leiter der Politik des Deutschen Reichs getan. Das ist, wir fühlen es alle, auch für Sie persönlich ein überaus ernster Entschluss. Denn er bedeutet, dass Sie die schwere Pflicht übernommen und durch Ihren feierlichen Eid bekräftigt haben, Ihre Kraft für das Wohl des ganzen Volkes einzusetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, die Ihnen danach obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Ihre Geschäfte "unparteiisch und gerecht gegen jedermann" zu führen. In diesen schweren Aufgaben wird Ihnen der ganze Reichsrat stets eine starke und verständnisvolle Stütze sein.

Die Reichsregierung findet auf vielen Gebieten überaus schwere Aufgaben vor, insbesondere die Beseitigung der grossen Arbeitslosigkeit, die ja nicht nur in Deutschland, sondern z.B. auch in den Vereinigten Staaten und England, also in Ländern ganz anderer politischer Lage, herrscht, und die gerade die Amtszeit unseres verehrten gegenwärtigen Herrn Reichspräsidenten so überaus schwierig gestaltet hat. Wir wollen in dieser Stunde nicht untersuchen, warum die Massnahmen der letzten fünf Jahre noch keinen entscheidenden Erfolg gehabt haben. Darin ist der Reichsrat mit der Reichsregierung einig, dass er es mit ihr als geboten ansieht, dass diese Frage, mit der viele andere Fragen zusammenhängen, in den Vordergrund der Entschlüsse gestellt wird; und der Reichsrat legt gerade hier auf positive Mitwirkung besonderen Wert. Er bittet die Reichsregierung, dabei nicht das Trennende, sondern das Einigende zu betonen."

SPD. Breslau, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Der SA-Führer des Kreises Waldenburg, Sperling, ist als Anführer jener Diebesbande verhaftet worden, die den grossen Kynauer Sprengstoffdiebstahl ausgeführt hat. Gegen den SA-Führer ist Haftbefehl erlassen worden.

SPD. Die Stimmlisten zur Reichstagswahl liegen vom 19. bis 26. Februar aus.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist, wie amtlich mitgeteilt wird, das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Auslandsdeutsche, die sich am Wahltage im Inland aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmschein ausgestellt erhalten. Das gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausstandsangehörigen, ferner die Besatzung von See- und Binnenschiffen, die für keinen festen Landwohnsitz polizeilich gemeldet sind. Damit wird Reichsdeutschen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Wahl eröffnet. Weiterhin sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen. Kleine, völlig unbedeutende Wählergruppen, die vielfach über keinerlei örtliche Organisation verfügten, hatten, teilweise unter offenbarem Missbrauch des Wahlgesetzes, die Aufnahme ihrer Wahlvorschläge in den amtlichen Stimmzettel erreicht. Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge soviel Unterschriften aufbringen, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000. Ist diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Unterschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Verbands- oder Anschluss an einen Reichswahlvorschlag innerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

SPD. Genf, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson eröffnete am Donnerstag, dem Jahrestag der Abrüstungskonferenz, die erste Vollsitzung der Generalkommission nach ihrer zehnwöchentlichen Vertagung mit dem Wunsche, dass sich dieser Geburtstag nicht mehr wiederholen möge.

Die Kommission trat sofort in die Beratung des französischen Abrüstungsvorschlags ein, dessen Grundlinien Massigli-Frankreich noch einmal darlegte. Er forderte die Delegierten auf, nunmehr in präziser Form Stellung zu dem Vorschlag zu nehmen, damit Aussenminister Paul Boncour nach Abschluss der allgemeinen Aussprache die nötigen Aufklärungen geben könne. Im Namen der italienischen Regierung bedauerte Baron Aloisi vor allem, dass der französische Plan keinerlei präzise Angaben enthalte, die eine wirksame und sofortige Abrüstung erlaubten. Mit der Änderung von Bezeichnungen für bestehende Heeres-teile in internationale Berufsarmee und Verteidigungsmiliz sei am Bestand der Gesamttruppenstärke noch nichts geändert. Ebenso verbleibe das gesamte vorhandene Kriegsmaterial im Besitz der Staaten, wogegendoch der einzige Zweck der Abrüstungskonferenz darin bestehe, die Rüstungen herabzusetzen.

Der deutsche Vertreter Nadolny betonte, dass der Standpunkt der deutschen Regierung sich nicht geändert habe. Er nahm dann den Gedanken eines Wehrsystems auf allgemeiner und für alle Staaten gleicher Grundlage aus dem französischen Plan an und forderte, dass er sich auch auf die Uebersee-streitkräfte erstrecken müsse. Zur Verwirklichung einer qualitativen Abrüstung enthalte der französische Plan keine positiven Vorschläge. Die Konferenz müsse ohne neue technische Untersuchungen durch Abstimmung über die vorliegenden Anträge klar feststellen, wie weit sie in der Verminderung der Angriffswaffen gehen wolle. Der Vorschlag, das Angriffsmaterial in den Ländern zur Verfügung des Völkerbundes zu belassen, müsse die qualitative Abrüstung illusorisch machen. Nach deutscher Ansicht müsse das gesamte Material, das in Zukunft nicht mehr erlaubt sein solle, innerhalb einer festgesetzten Zeit vernichtet und seine Herstellung völlig unterbunden werden.

Der deutsche Vertreter erklärte ferner, auch zur quantitativen Abrüstung fehlten in dem französischen Plan genau wie zur Seeabrüstung positive Vorschläge. "Nach den Grundsätzen des Artikels 8 des Völkerbunds Paktes", so sagte er, "ist der künftige Rüstungsstand für jeden Staat und somit auch für Deutschland nach der Notwendigkeit seiner nationalen Sicherheit zu bestimmen, für die wiederum vor allem der Rüstungsstand der anderen Staaten massgebend ist." Die Auffassung, dass die Abrüstungsmassnahmen der Konferenz nur parallel mit neuen Sicherheitsmassnahmen möglich seien, weise Deutschland zurück. Man könne nach erfolgter Abrüstung neue Garantien prüfen. Auch eine Völkerbundsarmee sei erst möglich nach einem vollständigen Ausgleich der Rüstungen. Das gleiche gelte für eine Luftflotte des Völkerbundes. Die ungehemmte Entwicklung der zivilen Luftfahrt könne nur im freien Wettbewerb stattfinden. Die Lösung des Luftfahrtproblems liege in einer völligen Abschaffung der Militärluftfahrt und in einem wirksamen, gesicherten Verbot des Bombenabwurfs.

Die Konferenz wird am Freitag die Generalaussprache fortsetzen.

SPD. Lübeck, 2. Februar (Eig. Drahtb.)
Am Freitag-Vormittag von 11 bis 12 Uhr werden in Lübeck aus Protest gegen die noch andauernde Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Leber durch einen einstündigen Proteststreik sämtliche öffentlichen und privaten Betriebe mit Ausnahme der Krankenhäuser stillgelegt. Dieser Beschluss der Eisernen Front wurde am Donnerstag-Abend in einer Massenkundgebung der Lübecker Arbeiterschaft bekanntgegeben.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei befasste sich am Donnerstag mit der politischen Lage. Es wurde u. a. beschlossen zum Mittwoch den Parteiausschuss und eine Redakteurkonferenz nach Berlin einzuberufen.

SPD. Bukarest, 2. Februar (Eig. Drahtb.)
Am Donnerstag-Nachmittag sind 5 000 Arbeiter der Bukarester Eisenbahn-Werkstätten wegen Lohndifferenzen und anderer Forderungen, die von der Betriebsleitung abgelehnt wurden, in den Streik getreten.
Kommunistische Agitatoren versuchten, die Streikenden zu Gewalttätigkeiten aufzuhetzen. Die Polizei hat deshalb umfassende Vorsichtsmassnahmen getroffen.

Deutsches Volk, Frauen und Männer!

Die Parteien der Harzburger Front, Deutschnationale und Nationalsozialisten, haben die Regierung übernommen, den Reichstag aufgelöst und abermals Wahlen ausgeschrieben. Sie wollen noch einmal um die Mehrheit kämpfen, die ihnen das Volk in fünf Wahlgängen des letzten Jahres verweigert hat.

Ihre Regierung, die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg, hat einen Wahlauftrag erlassen, der keinen einzigen klaren Gedanken enthält, aber von Verunglimpfungen aller politisch Andersdenkenden geradezu strotzt.

Im Gedenken an Hunderttausende von Sozialdemokraten, die auf den Schlachtfeldern geblieben sind, im Namen von Millionen deutscher Arbeiterfrauen, die Namenloses erduldet und geopfert haben, protestieren wir gegen den ungeheuerlichen Versuch einer Minderheit, sich selber alle nationalen Tugenden und Verdienste zuzuschreiben, die Mehrheit aber als verdächtig und minderwertig ausserhalb der Nation zu stellen.

Worte sind kein Beweis nationaler Gesinnung. Nur zu oft verbirgt sich hinter ihnen ein übler Geschäftspatriotismus, der von Ehre und Sicherheit der Nation spricht, während er den eigenen Vorteil meint.

Denkt an die Osthilfe!

Mit der Begründung, es sei notwendig, den deutschen Osten vor polnischer Bedrohung zu schützen, hat man aus Mitteln des darbenenden Volkes einen Osthilfefonds geschaffen. Was ist aus ihm geworden? Nicht eine Hilfe für die Bauern, nicht eine Förderung der Siedlung, sondern eine Unterstützungskasse für Grossgrundbesitzer, die Millionen erhielten und verschwendeten.

Kaum hatte der Reichstag die Untersuchung dieser Misstände begonnen, so wurde er aufgelöst und damit der Vorhang zugezogen.

Noch vor wenigen Wochen herrschte zwischen den Harzburger Parteien grimmige Fehde. Blutige Ueberfälle von SA-Leuten auf Stahlhelmer und Deutschnationale waren an der Tagesordnung. Jetzt hat sie ein gemeinsamer Hass wieder geeint, der Hass gegen die deutsche Arbeiterbewegung.

Wer steht in der Harzburger Front? Seht Euch die Herrschaften doch einmal an!

In der Harzburger Front stehen Mitglieder der abgesetzten Dynastien, Grafen Barone und Generäle, die den Krieg verloren und die jetzt durch die infame Lüge vom Dolchstoss die Schuld auf das Volk abwälzen wollen.

In der Harzburger Front stehen die grossen Arbeitgeber-Vereinigungen, die Schärfmacherverbände, die Kampforganisationen des Grosskapitals.

In der Harzburger Front stehen die Empfänger der Industriesubventionen, der Steuergutscheingeschenke und die Nutznießer der Osthilfe.

Arme Bauern und gewerbliche Mittelständler, die Ihr Euch zu dieser Front gemeldet, Narren wäret Ihr, wolltet Ihr von jenen Herrschaften Hilfe in Eurer Not erwarten.

Wisst Ihr nicht, wie der Vollstreckungsschutz im Osten zu einem Mittel gemacht wurde, mit dem gerade die Kleinen von den Grossen schamlos um ihren sauren Verdienst geprellt werden? Wisst Ihr nicht, dass die Sozialdemokratie es ist, die sich der Geprellten annimmt, die den Handwerkern und Landleutern zu ihren vollen Rechten verhelfen will?

Bauern, wisst Ihr nicht, dass Arbeiternot Bauerntod bedeutet? Dass der Schärfmacherkurs der Grossunternehmer, indem er die Arbeiterlöhne drückt, auch den Markt für den Bauern immer weiter zerstört?

Der neue Reichskanzler ist Führer einer Partei, die sich heute noch Arbeiterpartei und sozialistisch nennt. Seine Regierung ist aber eine Kapitalistenregierung, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.

Der deutschnationale Führer Hugenberg, der schärfste Gegner der Gewerkschaften, der Sozialpolitik und Sozialversicherung, ist Wirtschaftsdiktator in dieser Regierung. Er will das Reichsarbeitsministerium zerschlagen, das Tarifwesen zerstören, die Arbeiter schutzlos der Uebermacht des Unternehmertums ausliefern.

Herr von Papen, der seine Regierung mit den Worten antrat: der Staat dürfe keine Wohlfahrtsanstalt sein, Herr von Papen, der die Renten der Witwen, Waisen,

Kriegsbeschädigten und -Invaliden, die Unterstützungen der Arbeitslosen erbar-
mungslos gesenkt hat, Herr von Papen, der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu
25 Prozent gestattet hat - dieser Herr von Papen, der es so weit trieb, dass
ihn ein allgemeiner Volkssturm hinwegfegte - er sitzt wieder in der Regierung
als Vizekanzler neben Adolf Hitler.

Wen wundert es, dass diese Regierung ihre ganze Kraft daran wendet, ihre
Vorgänger herabzusetzen, dass sie aber mit keinem Wort verrät, wie sie es besa-
machen will, und dass sie die Arbeiter und Bauern, die nach schleuniger Hilfe
schreien, wie die Bolschewisten mit einem Vierjahresplan vertröstet.

Wo bleibt die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geforderte
Arbeitsbeschaffung? Wo bleibt die 40 Stundenwoche?

Die Regierungsparteien sagen, sie wollten das "November-Verbrechen" wieder
gutmachen. Was meinen sie damit?

Es gibt kein November-Verbrechen, durch das der Krieg verloren ging. Der
Krieg war trotz aller heldenmütigen Aufopferung des Volkes schon verloren, als
im Oktober 1918 Hindenburg und Ludendorff um Waffenstillstand ersuchten.

Es gibt kein November-Verbrechen, das Arbeitslosigkeit und Not in Deutsch-
land verschuldet hat. Arbeitslosigkeit in ungeheurem Ausmass gibt es als Folge
des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt, vom antimarkistischen Amerika
bis zum faschistischen Italien.

Und doch gibt es ein November-Verbrechen, das die Harzburger Parteien der
Sozialdemokratie nie verzeihen werden.

Dass wir die unfähigen Dynastien davonjagten, die Vorrechte des Adels, das
Geldsackwahlrecht in Preussen, die Gemeindeordnungen im Osten beseitigten, das
war unser November-Verbrechen!

Dass wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen
gleiche Rechte gaben, das allgemeine gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde
einführten, die Sozialversicherung verbesserten, die Arbeitslosenversicherung
durchsetzten, den Arbeitslohn tariflich gegen Unternehmerdruck sicherten, dass
wir den Beamten das Koalitionsrecht gaben, die Mieter gegen die Hausbesitzer
schützten, dass wir den Achtstundentag proklamierten, Volksbühnen schufen, Ar-
beiterwohniedlungen errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spiel-
plätzen - das ist unser November-Verbrechen!

Und das ist das November-Verbrechen, das wieder rückgängig gemacht werden
soll! Dafür wollen sie die Mehrheit!

Gegen solche Pläne rufen wir Euch zum Kampf. Wehrt Euch, schützt Euer
Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger. Erhebt Euch gegen Eure Bedränger, gegen
die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Grossgrundbesitzes und des
Grosskapitals! Zerschlagt ihre politische und wirtschaftliche Macht!

Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Grossgrundbesitzes und die Auf-
teilung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung
der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfs-
wirtschaft!

Gebt den Feinden Eurer Freiheit am 5. März die Antwort, die sie verdienen,
damit ihnen ein für allemal die Lust vergeht, sich an Euren Rechten zu vergreifen
Freiheitsfront gegen Harzburger Front!

Greift an!

Berlin, den 2. Februar 1933.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hitler im Rundfunk.

SPD. Wie weiland Reichskanzler Franz von Papen hat Hitler im Rundfunk einen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet. Wozu in eine Einzelkritik eintreten, wo wir uns nur zu erinnern brauchen! Wir werden uns überhaupt in diesem Wahlkampf sehr oft erinnern, nämlich an das, was die Nationalsozialisten vor der Wahl vom 6. November gesagt und geschrieben haben. Am 24. Oktober hat Herr Goebbels im Berliner Sportpalast über die Rundfunkreden des Herrn von Papen gesprochen:

"Ich kann mir beispielsweise vorstellen, dass Herr von Papen sich einbildet, wenn er am Rundfunk spricht, dann sitzen in Deutschland Urahn, Grossmutter, Mutter und Kind beim Lautsprecher zusammen. Und wenn er dann das deutsche Volk mit seinen nationalen Redensarten unterhält, dann sagen am Ende die Männer und die Frauen: Was ist das doch für ein Mann! Und was er für einen Kopf hat! Was doch alles in diesen Kopf hineingeht! Und wie schön er das alles sagt! Noch besser als Hitler. Habt Ihr gehört, er hat gesagt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Er hat gesagt: Deutschland erwache! Er hat gesagt: Mit Hindenburg, durch Hindenburg, für Hindenburg in die deutsche Zukunft hinein! Das ist doch wenigstens ein Programm. Jetzt weiss man doch, woran man ist. Jetzt merkt man die Faust! Wenn in Deutschland die Massen am Rundfunk sitzen, Herr Reichskanzler und Sie haben ausgedet, dann sagen sie, was gut an ihm ist, das hat er von Hitler und was er nicht von Hitler hat, ist schlecht."

Jetzt sind Hitler und Papen einig, so sehr, dass man nicht weiss, wer eigentlich Reichskanzler ist. Im Rundfunk aber spricht nicht Papen, sondern Hitler. Wenn die Massen am Lautsprecher sitzen und Hitler spricht, dann sagen sie kopfschüttelnd: Was er da sagt, ist der reine Hugenberg, und Papen hat es schon vorher gesagt. Ein Unterschied ist aber doch - Papen konnte es immer noch besser!

Der Mensch Papen.

"Es gibt zum Beispiel Menschen, die sind 13 Jahre lang Abgeordnete des Zentrums gewesen. Dann klettern sie aus dem parlamentarischen Tümpel heraus, schütteln etwas Schmutz von sich ab, schwingen sich mit einem eleganten Saltomortale über den Parlamentarismus und behaupten, sie wollten eine staatsautoritäre Politik."

So sprach Goebbels im Oktober 1932 über Papen. Jetzt sind Goebbels und Hitler mit dem Herrn des eleganten Saltomortale dem Herrn von Papen im offenen Bunde!

Göring hat es geschafft!

Herr Göring ist Reichsminister und daneben Reichstagspräsident. Eine Lücke in der Weimarer Verfassung gestattet, diese Vereinigung von zwei Funktionen, die nicht vereinbar sind. So ist es also möglich gewesen, dass Herr Göring als Minister die Auflösung des Reichstags mit beschlossen hat, dessen Rechte und dessen Existenz er als Präsident gegen die Regierung hätte verteidigen müssen. Im Konflikt zwischen Regierung und Reichstag gehört der

Reichstagspräsident selbstverständlich auf die Seite des Parlaments und seine Mehrheit, nicht ins Lager der Regierung.

Die Vereinigung der beiden Funktionen in der Person des Herrn Göring hat aber noch einen anderen, noch unangenehmeren Nebengeschmack. Herr Göring bezieht Gehalt als Reichsminister. Er erhält als Präsident des Reichstags erhöhte Diäten, die etwa das Dreifache der Abgeordnetendiäten ausmachen. Die parlamentarischen Bezüge werden bekanntlich auf Beamtenekommen nicht angerechnet. Herr Göring häuft also Bezüge aus öffentlichen Quellen bei sich auf nicht nur Ministergehalt und Reichstagsdiäten, sondern Ministergehalt und dreifache Reichstagsdiäten! Wir werden diese Häufung von Bezügen bei einem so prominenten Nationalsozialisten keineswegs mit dem Mantel christlicher Liebe zu decken. Wir werden es vielmehr laut hinausschreien, damit das Volk erkennt, wie es die Nationalsozialisten treiben, wenn sie an der Macht sind!

Wenn ein Sozialdemokrat diese beiden Funktionen und die damit verbundenen Bezüge in seiner Person vereinigt hätte, dann hätte die nationalsozialistische Agitation im ganzen Reiche gehult, geschrien, gezetert, gewimmert über unerhörte Raffgier, über rotes Bonzentum und Futterkrippenpolitik!

Herr Göring, der Nationalsozialist aber, bezieht Ministergehalt und dreifache Reichstagsdiäten! Die gewöhnlichen Nationalsozialisten, Opfer der Krise und Erwerbslose können warten auf Hitlers Vierjahresplan. Hauptsache, Herr Göring hat es geschafft!

Hugenbergs Propaganda.

Der neue "Krisenminister" Hugenberg lässt durch seinen Zeitungskonzern in Hunderttausenden von Exemplaren eine Reklame für eine seiner Zeitschriften unter dem Titel: "Dokument 1913" verbreiten. Da heisst es:

"Mit dieser Jahreszahl ist die Vorstellung von Glück, Macht und Wohlstand verbunden. Ueberall zeigt sich das bei den glänzenden Festen zum 25-jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers und zur Hochzeit der Kaisertochter, bei den Staatsbesuchen des Königs von England, des Zaren von Russland und des Königs von Italien".

Dann wird im Bild gezeigt: König Georg V. von England als Gast des Kaisers bei einer Parade - der Kronprinz am Steuer seines Sportzweisitzers - Kronprinzessin Cecilie in der Uniform ihres Dragonerregiments - der Fahnenmann, der an patriotischen Festtagen glänzende Geschäfte macht - der Kaiser mit seinen Söhnen am Neujahrmorgen 1913.

Das ist die Propaganda eines Ministers, der den Eid auf die Verfassung der deutschen Republik geschworen hat!

Wie sie sich lieben.

Wir finden in der "Westfälischen Wacht" in Dortmund, einem offiziellen Organ der Deutschnationalen Volkspartei eine Erzählung, dass der bayerische Landtagsabgeordnete Engert während einer Rede den Satz prägte: "Das sind keine Phantasien aus dem irrsinnigen Gehirn eines Nationalsozialisten." Das deutschnationale Parteiorgan setzt höhrend hinzu: "Der Herr Engert scheint seine Parteigenossen gut zu kennen!"

Hübsch, nicht wahr? Aber das Beste kommt zuletzt. Diese Nummer des offiziellen deutschnationalen Parteiorgans stammt nicht etwa aus dem letzten Wahlkampf vor dem 6. November 1932, sie ist vielmehr datiert: "1. Februar 1933."

Am 30. Januar haben sich Hugenberg und Hitler zusammen in eine Regierung gesetzt!

Aus aller Welt

Die Strindberg-Ehe.

Die Verzweiflungstat des Berliner Volksschullehrers Hillges - Der Totschlag im Schlosspark.

SPD. Das Schwurgericht I Berlin verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den 32 Jahre alten Volksschullehrer Hillges, der, im Beisein seines Kindes, am 2. Juli vorigen Jahres im Schlosspark Bellevue seiner Ehefrau mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten hat, unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Totschlags zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten 6 Jahre Zuchthaus beantragt, während sein Verteidiger, Professor Alsberg, auf Zuerkennung des § 51 und Freispruch plädierte. Die Verhandlung entrollte das Bild einer erschütternden Tragödie.

+

Hillges, als Pädagoge begabt und beliebt, hat seine Frau im Jahre 1926 geheiratet. Schon nach kurzer Zeit musste er den Irrtum seiner Wahl einsehen. Die Charaktere widersprachen einander; das Schicksal des Paares strebte nach verschiedenen Seiten. Hillges hing an seinem Beruf - seine Frau hatte stets nur Hohn und Spott für jene Arbeit übrig. "Es gibt Berufe, deren Ausübung nicht möglich ist, ohne dass der Gefährte des Lebens Verständnis für ihn hat" - sagt der Verteidiger; ein Wort, das der Angeklagte, der bleich, mit verweintem Gesicht, dem Porträt seines Schicksals folgt, mit einer stummen Geste bejaht.

Dem idealen Streben ihres Mannes hat Frau Hillges einen krassen materialistischen Egoismus entgegengesetzt - die Zeugen belasten die Tote übereinstimmend, das Gericht folgt diesen Aussagen; und jener egoistische, fast böartige Trieb wurde, medizinisch erklärbar, durch schwere Krankheit der Frau Hillges noch gesteigert. Sie stellte immer neue Ansprüche, deren Grösse weder das Gemüt des Lehrers, noch dessen schmaler Geldbeutel gewachsen war. Zudem war die Schwiegermutter auch noch im gemeinsam bewohnten Hause und - im Bunde. "Es wurde dem Angeklagten gegenüber eine Zermürbungstaktik angewandt", meinte am Schluss des Prozesses der Vorsitzende. Von einem "wahren Hexensabbat an Schikanen und Drangsalierungen" hatte Hillges selbst gesprochen.

Die Zermürbungstaktik führte zum Erfolg. Die Ehe wurde geschieden. Später vereinte sich Hillges, etwas infantil und hörig zugleich, wieder mit seiner Ehefrau - er kam nicht von ihr, nicht von dem Kind los. Neue, praktisch vollkommen unerfüllbare Geldansprüche entfachten das Feuer unter der Eehölle immer wieder. Hillges schickte seine Frau monatelang in ein auswärtiges Sanatorium; nichts genügte ihr. Sie lief ihrem Mann, Geld fordernd, sogar in die Schule nach und antwortete auf seine Abwehr: "Woher Du das Geld nimmst, geht mich nichts an."

So kam der 1. Juli heran. Der Lehrer erfährt im Büro seines Anwalts, dass seine Frau ihn von neuem auf Unterhalt zum Zwecke einer Kur verklagt habe. Hillges gerät in grosse Erregung... er sieht die Pfändung vor Augen, es ist nicht die erste... er sieht seine endgültige Anstellung gefährdet... verbringt eine unruhige Nacht... steht am nächsten Morgen um 5 Uhr auf, läuft ziellos durch die Strassen Berlins und begibt sich dann mittags nach dem Schlosspark Bellevue, weil er weiss, dass sich seine Frau, in Begleitung seines Sohnes, dort immer aufzuhalten pflegt. Er will mit seiner Ehefrau eine Aussprache herbeiführen - der Vorsitzende erklärt, dass das Gericht keine Veranlassung

sähe, an dieser Angabe zu zweifeln.

Wie kam es statt zur Aussprache zur grauenvollen Tat? Als Frau Hillges ihren zitternden, übermächtigten, sich fast demütig nähernden Mann erblickte, rief sie ihm mit einem höhnischen Lächeln zu: "Liegst Du nun endlich vor mir auf den Knien?": "Das hat mich geradezu wahnsinnig gemacht, meine Herren Richter", schreit der Angeklagte vor Gericht: "Niemals in meiner Zelle habe ich den hasserfüllten Blick vergessen, den meine Frau dabei auf mich warf." Die Frucht dieses Blickes war der Tod - - Frau Hillges ist unter den Händen ihres Mannes, der sich mit gezücktem Rasiermesser auf sie gestürzt hatte, verblutet. Wenige Minuten später stellte der Täter sich einem Polizisten.

+

Der als medizinischer Sachverständige vernommene Sanitätsrat Dr. Leppmann meinte, dass bei dem syphilitisch erblich belasteten Angeklagten das Vorhandensein eines das Bewusstsein ausschliessenden Dämmerzustandes nicht nachweisbar sei -; der Sachverständige machte dann allerdings die einschränkende Bemerkung, dass bei der Beurteilung derart schwieriger Seelenvorgänge die Wissenschaft der Psychologie erst am Anfang stehe. Professor Alsberg versuchte mit seinem Plädoyer unter Aufbietung seiner juristischen Kraft nachzustossen: die Tat passe nicht in das Leben des Angeklagten, sie sei in jedem Betracht sinnlos; es genüge zur Unterstellung einer Bewusstseinsstrübung, dass der Dämmerzustand im Augenblick der Tat selbst bestanden habe; nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts könne zudem eine Verurteilung schon dann nicht erfolgen, wenn auch nur Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten bestünden, und Zweifel habe der Sachverständige ja ausgesprochen...

Das Gericht ist Professor Alsberg nicht gefolgt. Es erkannte: der Angeklagte hat zwar im höchsten Affekt und nicht mit Ueberlegung gehandelt, aber im Affekt doch den Todeserfolg gewollt... Gewollt oder nicht - er hat ihn mit Blitzesschnelle erreicht. Und der vier Jahre alte Junge war Zeuge der blutigen Tat gewesen; als Leute herbeikamen, hörten sie den entsetzten Ruf des Kindes: "Das hat Vati gemacht!"

Ego.

+ + +

Nazis gegen Schulfreiheit! Durch einen Erlass des thüringischen Volksbildungsministeriums ist die seit 1906 bestehende und weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannte freie Schulgemeinde Wickersdorf, die für zahlreiche Neugründungen im Inland und Ausland beispielgebend war und als erste europäische Schule die Koedukation, d.h. die Gemeinschaftserziehung von Jungen und Mädchen, einführte, in ihrem Bestand aufs schwerste bedroht.

Die Schule hat die der Jugend eingeräumte Freiheit nie auf den Einzelnen bezogen, sondern stets neben einer massvollen Form von Schülersebstregung innerhalb der Gemeinschaft den grössten Wert auf gegenseitiges Vertrauen und Selbstverantwortlichkeit der Jugend gelegt. Das allein ist unter der Freiheit Wickersdorfs zu verstehen! Heute - 1933 - beginnt man plötzlich diese Freiheit zu fürchten. Das thüringische Ministerium beanstandet nämlich "aus zwingenden Gründen" die alte Bezeichnung der Schule und hat verfügt, das Wort "Freie" aus der Bezeichnung "Freie Schulgemeinde Wickersdorf" zu streichen. Die übrig gebliebene "Schulgemeinde" soll durch den Zusatz "Deutsches Landerziehungsheim" mildernd ergänzt werden. Ausserdem sind der Schule Bedingungen auferlegt worden, die ihre bekannte Eigenart wesentlich beeinträchtigen. Sie beziehen sich auf den Einfluss der Schüler auf die Angelegenheiten des Schulgemeinschaftslebens und sollen die Selbstverwaltung der Jugend wesentlich einschränken. Die Koedukation soll auch nicht mehr geduldet werden. Die "zwingenden Gründe" jedoch, die das Ministerium zu diesem Vorstoss gegen Wickersdorf veranlasst haben, wurde den Beteiligten nicht mitgeteilt.

+ + +

Galsworthys Blumen. In Woking, einem westlichen Vorort Londons, wurde der vor wenigen Tagen verstorbene englische Dichter John Galsworthy zur letzten Ruhe bestattet. Die Beträge, die sonst für Blumen und Kränze verwandt werden, sind nach dem letzten Willen des Dichters hungernden Arbeitslosen zugute gekommen.

+ + +
Brandkatastrophe. Durch Grossfeuer wurde in Rotterdam ein grosses Lagerhaus am Westseedeich eingeäschert; mehrere Wohnhäuser und eine als Museum eingerichtete ehemalige Schule sind gleichfalls stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

+ + +
250 Grad unter Null! Dieser Tage wird der frühere englische Premierminister Baldwin in Cambridge ein Laboratorium eröffnen, das in der Hauptsache den Experimenten des an der Cambridger Universität Lehrenden jungen russischen Professor Kapitza dienen soll. Professor Kapitza, ein langjähriger Mitarbeiter des durch seine Atomzersplitterungen berühmten Physikers Lord Rutherford, hat mehrere Apparate zur Erzeugung enormer elektrischer Kräfte und unglaublicher Kältetemperaturen konstruiert. So ist es ihm gelungen, durch die Verflüssigung von Heliumgas eine Temperatur von 250 Grad Celsius unter Null zu erreichen. Mit dem Kapitza'schen Energieapparat soll es ferner möglich sein, für ein Hundertstel einer Sekunde ein magnetisches Feld von einer Kraft zu erzeugen, die selbst Atome und Elektronen aus ihrer Bahn zu schleudern vermag. Gleichzeitig gelingt es dem Energieapparat bei diesem Vorgang, die inneren Vorgänge im Atom zu registrieren. Professor Kapitza will in gemeinsamer Verwertung seiner Konstruktionen das Atom zu gleicher Zeit gefrieren, durch magnetische Kräfte herumstossen und nach der im vorigen Jahr viel erörterten Cockroft-Walton'schen Methode "bombardieren" lassen. Selbstverständlich werden alle diese stets regelrechte Erdstösse auslösenden Versuche unter Beachtung äusserst umfassender Vorsichtsmassregeln durchgeführt.

+ + +
Grippeärzte gesucht! In Berlin meldeten die Krankenhäuser, Kassen, Ambulatorien und öffentlichen Medizinalstellen auch am Donnerstag einen erheblichen Zuwachs an Grippepatienten. Mit Rücksicht auf den starken Zugang zu den Krankenhäusern werden Assistenzärzte und Hilfskräfte zum sofortigen Dienst-Antritt gesucht! Im Polizeipräsidium, beim Magistrat Berlin und auf den Gerichten kann der Betrieb infolge des starken Ausfalls an Arbeitskräften nur mit Mühe durchgeführt werden. 140 Schulklassen sind geschlossen. Todesfälle werden erfreulicherweise nur selten gemeldet - aber Einbrecher nutzen die Konjunktur, die einen starken Bedarf an Vorbeugungsmitteln mit sich bringt, auf ihre Weise aus: aus einer Fabrik in Berlin-Tempelhof entwendeten Diebe bei einem nächtlichen Besuch für 10 000 Mark Neuramag.

+ + +
Ausserdem nimmt die Grippeepidemie in Schlesien besorgniserregende Ausmasse an. In Beuthen wurden auf Veranlassung des Kreisarztes sämtliche Volksschulen und Kindergärten bis zum 8. Februar geschlossen.

+ + +
Fünf Häuser verbrannt! In Waidhaus im Oberpfälzer Wald fielen 5 Wohnhäuser und 6 Scheunen einer Feuersbrunst zum Opfer. Ein Fuhrwerkbesitzer kam in den Flammen um.

+ + +
Die Furcht des Lehrlings. In Duisburg-Hamborn hat sich ein Installateurlehrling erhängt. Er hatte ein neues Waschbecken fallen lassen und fürchtete die Strafe seines Meisters.

Wirtschaft Technik Handel

Das Geheimrezept.

Ende der nationalsozialistischen Wirtschaftsromantik.

SPD. Der Aufruf der Regierung Hitler-Hugenberg hat, soweit er sich mit der Wirtschaftsentwicklung beschäftigt, auf die Kreise der Wirtschaft einen geradezu vernichtenden Eindruck gemacht.

Die deutsche Wirtschaft erwartete weder von Hitler noch von Hugenberg Wunderrezepte. Sie weiss, dass beide über derartige Rezepte nicht verfügen. Aber die Wirtschaft will Ruhe. Sie will Vertrauen. Man weist z.B. heute in Kreisen der privaten Wirtschaft darauf hin, dass das Papensche Wirtschaftsprogramm nichts anderes als ein grossangelegter Bluff und die geschickte Auswertung der Hausse an den Rohstoffmärkten war, die sich im Sommer 1932 zeigte. Aber, so betont man, von dem Papenschen Programm wäre ein gewisser Wirtschaftsimpuls ausgegangen, eine, wenn auch kurz bemessene Vertrauenswelle. Derartige Wirkungen könnte man den Ausführungen der Regierung Hitler-Hugenberg nicht zusprechen. Im Gegenteil, der bevorstehende Wahlkampf, leidenschaftlich und erbittert, müsse die Unrast und die Unruhe in der Wirtschaft steigern. Kein Geschäftsmann könne so unverantwortlich sein, sich angesichts der bestehenden Unsicherheitsfaktoren in neue Geschäft einzulassen. Die Zeichen seien auf Abwarten eingestellt. Die Verkrampfung, die ganze Stagnation des Geschäftslebens habe sich verschärft.

Diese Stimmung in der Geschäftswelt hat am Donnerstag auf der Berliner Börse ihren Ausdruck gefunden. Die Kurse zeigten weiter starke Neigung, nach unten zu gehen. Wenn das in den Notierungen nicht klarer zum Ausdruck kommt, dann liegt das ohne Zweifel daran, dass am Donnerstag an der Berliner Wertpapierbörse von verschiedenen Stellen stark gestützt worden ist. Die Regierung hat am Donnerstag zu Interventionen gegriffen, um den Eindruck, den ihre Wahlproklamation in der Wirtschaft gemacht hat, nicht allzu sehr in Erscheinung treten zu lassen.

In der Geschäftswelt rechnet man damit, dass die fällige Frühjahrserholung in der Wirtschaft durch die neueste Wendung in der deutschen Politik unterbunden wird. So sehen die Wirtschaftskünste Hitlers und Hugenbergs aus! Hoffentlich wird dieses blamable Ergebnis seinen Eindruck nicht auf jene verfehlen, die bisher dem grossen Adolf nachgelaufen sind.

Für diese Leute, in der Mehrzahl irgendwie Opfer der Wirtschaftskrise, ist Adolf Hitler der Wundermann. Dieser Glaube wurde den Massen durch die Hitlersche Agitation, die genau der Kriegspropaganda nachgebildet ist, im Laufe der Jahre beigebracht. Hitler, so hiess es, brauche nur Reichskanzler zu werden - und die Krise ist beendet. Man hat den Massen, nicht nur in den Reden verantwortungsloser nationalsozialistischer Versammlungsagitatoren, sondern auch in den offiziellen Wirtschaftsprogrammen der nationalsozialistischen Partei, das Blaue vom Himmel versprochen. Man hat ihnen von grossen Meliorationen und Landverbesserungen im Werte von Milliarden von Mark erzählt, bei denen Millionen von Arbeitslosen Arbeit und Brot finden sollen. Man hat den Bau von Landheimen versprochen, den Bau von Talsperren, Elektrizitätswerken, Landstrassen u.a.m.. Mit Hilfe der Arbeitswechsel wollte man die Arbeitslosen

mit Brot und Kleidung versehen. Die Bank- und Börsenfürsten sollte enteignet werden. Im Laufe der Zeit ist Adolf Hitler in der Phantasie der ihm zujubelnden Menge der Mann geworden, der das Rezept für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise in der Westentasche trägt. Der gegenwärtige Reichskanzler hat sich auch oft gebrüstet, über dieses Rezept zu verfügen. Als man ihn aufforderte, doch endlich mit diesem Rezept herauszurücken, kam die Antwort, nicht eher, bis man die Macht habe, bis man Kanzler sei. Heute ist Hitler Kanzler. Die Massen haben das Recht, nun sein Geheimrezept zu erfahren.

Nun hat man in der Nationalsozialistischen Partei an so einem Geheimrezept gearbeitet. Der jetzt kaltgestellte Gottfried Feder, einer der ältesten Mitarbeiter Hitlers, baute ein besonderes Geldsystem auf, das wohl in der Hauptsache auf den Träumereien des vor einigen Jahren verstorbenen, aus Südamerika zugewanderten Phantasten Silvio Gesell beruht. Der Kreis um Gregor Strasser machte bei den grossen französischen Wirtschaftsillusionisten geistige Anleihen. So hatte man sich - lang ist es her - in der Nationalsozialistischen Partei eine fast kindlich rührende Art von Wirtschaftsromantik zugelegt, die nur einen Fehler hatte. Hätte man nämlich die verschiedenen, von dieser Romantik durchseuchten Wirtschaftsprojekte durchgeführt, dann wäre man ohne weiteres in die schlimmste Inflation geschliddert. Diese Wirtschaftsromantik war aber Hitlers Geheimrezept.

Der geschäftlich überaus begabte Dr. Goebbels war wohl einer der ersten, der den Bruch mit dieser Wirtschaftsromantik vollzog. Als man in der Nazi-Partei noch an die Federschen Träumereien glaubte, hat Goebbels die Federschen Projekte schon für Quatsch erklärt. Der Goebbelsche Standpunkt ist heute Standpunkt der Leitung der Nationalsozialistischen Partei. Die Wirtschaftsromantik der Nazis, von den bizarrsten Geistern der Wirtschaftsgeschichte befruchtet und auf eine naiv-groteske Manier modernisiert, ist dem Wirtschaftsideal der deutschen Unternehmer in dem Mass gewichen, wie das deutsche Unternehmertum Einfluss auf die Nationalsozialistische Partei erhielt. Als das deutsche Unternehmertum auf die Partei Hitlers Einfluss nahm, war es sein erstes Ziel, den Nazis die wirtschaftsromantischen Kinderzähne zu ziehen. Zu diesem Zweck verschrieb sich die Schwerindustrie den früheren Börsenredakteur der Berliner Börsenzeitung und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Walter Funk, jetzt Reichspressechef. Funk hat sich als der richtige Zahnarzt erwiesen. Er hat seinen Chef Hitler, bei dem er vor allem Gottfried Feder verdrängte, für das Parkett des Reichverbandes der deutschen Industrie hoffähig gemacht. Es ist Funks Verdienst, wenn die Nationalsozialistische Partei mit ihren romantischen Wirtschaftsprojekten gebrochen hat. Die Masse der nationalsozialistischen Anhänger mag noch in dieser Romantik leben. Die Führerclique in der nationalsozialistischen Partei lächelt darüber. Für sie ist diese Romantik heute nur ein Mittel, Dumme einzufangen.

Wenn die Massen, die Adolf Hitler bei der letzten Wahl noch ihre Stimmen gaben, ihn heute fragen: Wo bleibt nun dein Rezept für die Ueberwindung der Krise?, dann kann er nur erklären: Ich habe dieses Rezept nicht, ein solches Rezept existiert nicht! Adolf Hitler hat diese Antwort in der Regierungserklärung auch gegeben. Die Massen müssen daraus erkennen, dass man sie jahrelang an der Nase herum geführt hat, um sie jetzt, wo sie die Hitler, Goering und Frick in hohe Aemter getragen haben, mit nichtssagenden Worten abzuspiesen.

SPD. Die Reichskreditgesellschaft, die am Donnerstag ihren Abschluss für das Jahr 1932 vorgelegt hat, erhöht ihre Dividende von 4 auf 5 Prozent. Die erzielten Gewinne lassen es jedoch zu, eine weit höhere Dividende zu zahlen. Der Reingewinn wird mit 3,64 Millionen Mark angegeben gegenüber 3,14 Millionen Mark im Vorjahre. Unberücksichtigt bleiben in der Ertragsrechnung z.B. die Gewinne, die aus dem Verkauf von eigenen Wertpapieren im Laufe des Geschäftsjahres erzielt worden sind. Das Unternehmen hat damit sein beträchtliches Reservepolster weiter vergrößert. Der Ertrag aus Zinsen, Devisen usw. wird mit 6,72 Millionen Mark angegeben gegenüber 6,76 Millionen Mark im Vorjahr. Der Gewinn aus Provisionen hat sich dagegen von 2,67 Millionen im Vorjahre auf 3,99 Millionen Mark gesteigert. Die Handlungskosten weisen ebenfalls eine Steigerung auf und zwar von 5,84 Millionen Mark auf 5,90 Millionen Mark. In der Steigerung der Handelskosten kommt u.a. die Vermehrung des Personalbestandes zum Ausdruck.

Wie auch bei anderen Banken ist bei der Reichskredit eine ganz gewaltige Verringerung des Umsatzes, schätzungsweise um etwa 50 %, eingetreten. Da es sich aber bei dieser Halbierung in der Hauptsache wohl um das fortfallende Devisengeschäft handelt, ist dem Umsatzrückgang kein besonderer Wert beizulegen. Die Bilanzsumme hat sich von 569 Millionen Mark auf 590 Millionen Mark vergrößert. Die Zahl der Kunden stieg von etwa 6 200 über 7 800 und die Zahl der Konten von 8 400 auf über 10 800. Die Kreditoren weisen bei der Reichskreditgesellschaft eine Steigerung auf und zwar von 482 Millionen auf 513 Millionen Mark. Nach Versicherung der Bank, haben sich die langfristigen Kreditoren erhöht. Die öffentlichen Gelder selbst sind zurückgegangen und spielen im Geschäft der Bank eine noch geringere Rolle als im Vorjahr. Der Akzeptbestand ging von etwa 21 Millionen Mark auf nicht ganz 11 Millionen zurück. Bei den Debitoren sind die Veränderungen nicht so stark. Die Bilanz von 1932 weist Debitoren in Höhe von 217 Millionen Mark auf gegenüber 218 Millionen Mark im Jahre vorher. Der Bestand an Schecks, Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen steigerte sich von 168 auf 187 Millionen Mark. Die Vorschüsse auf Waren erhöhten sich von 88 auf 93 Millionen Mark. Die Steigerung beruht wohl in der Hauptsache darauf, dass befreundete Provinzfirmen der Reichskreditgesellschaft frei gewordene Kredite zur Verfügung stellten.

Dr. Fischer von der Reichskreditgesellschaft, der politisch immerhin zur Rechten neigt, nahm am Donnerstag Gelegenheit, sich gegen die Eingriffe der Regierung in die Kapital- und Geldmärkte auszusprechen. Dadurch könne man nur die Kapitalmärkte ruinieren und man hindere die Märkte, ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Mit solchen Methoden könne man aber der Arbeitslosigkeit nie Herr werden. Italien habe seine Arbeitsbeschaffungsprogramme finanzieren können, gerade weil es derartige Eingriffe vermeidet und die Spartätigkeit und die Kapitalmärkte pflegt. Die Kreditgewährung der Reichskreditgesellschaft an die Landwirtschaft sei im verflossenen Jahr äußerst gering gewesen, weil die gesetzlichen Eingriffe den Kreditverkehr störten. Die Erfahrungen bei der Reichskreditgesellschaft beweisen also u.a., dass die verschiedenen Massnahmen im Rahmen der Osthilfe, durch die man die bankrotten Grossgrundbesitzer schützen will, zum Schaden der gesunden und lebensfähigen Landwirtschaft ausschlagen.

SPD. Die Reichsbank brauchte, um den Kreditanforderungen der Wirtschaft gegen Ende des Monats Januar nachzukommen, ihre Ausleihungen nur um 233,7 Millionen Mark zu erhöhen gegenüber 325,3 Mill. Mark Ende Dezember 1932. Gegenüber Ende Dezember 1932 sind damit die Ausleihungen von 3 379,3 Mill. Mark auf 2 996,4 Mill. Mark abgesunken.

Neue Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Februar)

SPD. Die Donnerstagbörse wurde urplötzlich von einer Hausse überrannt, die im grossen und ganzen das Ausmass der Hitlerhausse von Montag erreichte, teilweise sogar darüber hinaus ging. Die letzten Ursachen dieser Hausse sind nicht klar erkennbar. Wirtschaftliche Ursachen liegen auf keinen Fall vor. Man kann sich die Dinge nur so erklären, dass die Landwirtschaft aus irgendwelchen politischen Ueberlegungen mit ihrer Ware sehr stark zurückhält. Diese äusserst starke und allgemeine Zurückhaltung hat am Donnerstag den Handel veranlasst, in grösserem Ausmass zu kaufen. Für prompten Weizen ergab sich der unerhörte Gewinn von rund 3 Mark. Roggen konnte dagegen nur um 1 Mark anziehen.

	<u>1. Febr.</u>	<u>2. Febr.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	184 - 186	187 - 189
Roggen	152 - 154	153 - 155
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 115	114 - 117
Weizenmehl	22,50 - 25,75	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,70 - 21,75	19,60 - 21,75
Weizenkleie	8,10 - 8,50	8,10 - 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 205 - 207½ - 206 (202½), Mai 207 - 209 - 207¼ (204). Roggen März 166 - 167 - 165½ (164), Mai 167½ - 168 - 167¼ (166). Hafer März - (123½), Mai - (126).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 2. Februar). A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier: a) G 1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 10,25, Grösse A unter 65 - 60 g 7,50, Grösse D unter 50 - 45 g 6,25; b) G 2 (frische Eier) Sonderklasse 9,75, Gr. A 8,50, Gr. B 8, Gr. C 7, Gr. D 5,75. 2. Deutsche sortierte Eier: a) vollfrische, Sonderklasse 10, Gr. A 8,75, Gr. B 8,75; b) frische -. 3. Deutsche unsortierte Eier 7,50 - 8. 4. Deutsche abweichende, kleine mittlere und Schmutzeier: 5,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 9, 17er 8,50, 15½ - 16er 7 - 7,25, leichtere 6 - 6,50; Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 8,75 - 9, 17er 8,25, 15½ - 16er 6,75 - 7, leichtere 6 - 6,50; Holländer, Belgier und ähnliche Sorten 67 - 69 g 9, 64 - 66 g 8,50, 60 - 63 g 7,75 - 8, 56 - 59 g 7 - 7,25, leichtere 6,25; Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 6,25 - 6,50; kleine, Mittel- und Schmutzeier 5 - 5,50. C. Kühleuseier: Chinesen und ähnliche normale 5,25 - 6. Witterung: milde. Marktlage: flau.



Hitlers frohe Botschaft.

Selig sind, die hungern und warten können.

SPD. Die Schublade ist offen. Hitlers grosses Geheimnis zur Rettung Deutschlands ist endlich heraus. Der Wahlaufruf der Hitlerregierung hat es enthüllt. Es besteht in einer Vertröstung: der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter sollen noch vier Jahre warten, dann werde es bestimmt besser werden. Da haben nun die Nazis jahrelang dem deutschen Volk landauf, landab, tagaus, tagein in die Ohren geschrien, in Deutschland werde es erst besser und bald besser, wenn nur erst einmal Herr Hitler am Ruder sei. Nun ist er am Ruder, und seine erste Tat ist nichts anderes als ein - Versprechen.

Und auch noch ein leeres Versprechen. Hat sich schon jemals eine Regierung in Deutschland selbst ein schlimmeres Armutszeugnis ausgestellt als die Hitlerregierung? Ihr Gerede von einem Vierjahresplan - nicht einmal das Wort ist auf ihrem eigenen Mist gewachsen, sondern ausgerechnet vom Bolschewismus gepumpt - kann nur mit Hohngelächter beantwortet werden.

Hitler an die Macht! Alle Macht an Hitler! Seit drei Jahren hören wir das Gebell. Nun hat er die Macht, und nun besteht sein ganzes Können in einem - Wort, in einem Wort, das nicht einmal von ihm stammt. Hätte er eine Ahnung, was zur Lösung des Arbeitsproblems geschehen soll, geschehen kann, er hätte es bestimmt gesagt. Aber er weiss nichts, und daher sagt er den Hungernden, sie sollten noch vier Jahre warten.

Vier Jahre! Die Hitlerregierung ist grosszügig, wenn sie für sich selbst Bewährungsfrist fordert. Sie kann sich nicht genug Zeit nehmen. Zu ihrer Entschuldigung kommt sie mit der abgedroschenen, ebenso dreisten wie dummen Verdächtigung, "14 Jahre Marxismus" hätten Deutschland ruiniert. Selbst wenn dieser Blödsinn stimmen würde - haben denn Hitler und Konsorten nicht auch mindestens 14 Jahre Zeit gehabt, darüber nachzudenken, was sie nach der Macht-ergreifung zur Rettung Deutschlands unternehmen wollen. Generalstäbe arbeiten doch nicht erst ihre Pläne aus, wenn der Krieg proklamiert ist. Nun haben die Herrschaften, die stets die Macht für sich beansprucht haben, die Macht, und nun muss man die betrübliche Feststellung machen, dass ihnen nichts eingefallen ist - in 14 Jahren nicht.

Die Hungernden sollen warten. Eilig hatte es das neue Regiment nur mit dem Abbau des Ministeriums, in dem in den letzten 14 Jahren während der angeblichen "Misswirtschaft" immerhin dank der Arbeit der Gewerkschaften für die Arbeitenden wie für die Arbeitslosen einiges aufgebaut wurde. Hier im Reichsarbeitsministerium wütet das neue Regiment wie der Ochse im Porzellanladen. Das Ministerium wird zerschlagen. Wichtige, brennende Fragen bleiben ungelöst. Dringende sozialpolitische Arbeiten werden vernachlässigt. Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe war von der früheren Regierung wenigstens in Angriff genommen. Der frühere Reichsarbeitsminister hatte bereits die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung, die Ausdehnung der Unterstützungsdauer zugesagt. Es war wenigstens einmal ein Anfang da, und es bestand durchaus die Möglichkeit, die Unterstützungsdauer und die Unterstützungssätze zu verbessern. Nun geschieht einstweilen gar nichts. Die Arbeitslosen müssen warten. Die Hit-

Der Regierung muss jetzt erst ihren Vierjahresplan ausarbeiten.

Nicht sofort. Nein, so eilig hat es die Regierung nicht. Einstweilen lässt sie erst noch einmal wählen. Hitlers Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beginnt mit einer neuen schweren Erschütterung der Wirtschaft. Die Wirtschaft, betonen selbst die Unternehmerblätter, hat kein Interesse an einem Wahlkampf, der ausgerechnet in die Zeit einer zwar schwachen, aber immerhin deutlich spürbaren Konjunkturbelebung fällt. Wie könne der Unternehmer, der Geschäftsmann, - so sagt die Kölnische Zeitung, für Frühjahr und Sommer disponieren, wenn er die politische Lage nicht über die nächste Woche hinaus überblicken könne. Politische Grosskämpfe hätten nur dann einen Sinn, wenn sie nicht den Erfordernissen der Wirtschaft zuwiderlaufen. Ob das aber jetzt der Fall sei, ob der bevorstehende Wahlkampf auch eine wirtschaftliche Berechtigung habe, müsse bezweifelt werden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass keine Regierung während eines Wahlkampfes imstande gewesen sei, positive Wirtschaftspolitik zu treiben. Hochwichtige Fragen wirtschaftlicher Art harrten seit Monaten der Erledigung. Weitere Verschleppung werde die Folge sein, und was nach dem 5. März geschehe, wisse niemand. Niemand könne voraussagen, ob sich dann die politische Lage so geklärt habe, dass endlich wieder an die wirtschaftliche Aufbauarbeit mit Aussicht auf Erfolg herangegangen werden könne.

Nach dem 5. März wird, wenn das Volk die Hitlerregierung nicht zum Teufel jagt, erst recht keine Beruhigung eintreten, erst recht keine Besserung der Wirtschaftslage, erst recht keine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um das vorauszusehen. Aber die Hitlerregierung weiss eben zunächst keinen anderen Ausweg als die Flucht in neue Reichstagswahlen. Wirkliche Hilfe, rasche Hilfe schaffen - das kann sie nicht, also lässt sie, um Zeit zu gewinnen, noch einmal wählen.

Wir müssen wählen, weil Herr Hitler in Wirklichkeit keine blasse Ahnung hat, was er - ohne Gewalttat gegen die Arbeiterschaft - zur Behebung der Wirtschaftskrise tun soll. Die neuen Herren fühlen sich unfähig, unter der Kontrolle des Reichstags, d. h. gegenüber der Möglichkeit einer Kritik und Einflussnahme der Öffentlichkeit auf die Regierungsmassnahmen, etwas Positives zur Linderung der Krise zu gestalten, und deshalb soll nun noch einmal der blöde Versuch unternommen werden, hinter die sogenannte nationale Bewegung wenigstens 51% der Stimmen zu bringen. Dabei weiss heute in Deutschland bereits ein Kind, dass das den Herrschaften nicht gelingen wird. Bestimmt gelingt es ihnen nicht mit so furchtbar dämlichen Wehlaufufen, wie sie soeben einen vom Stapel gelassen haben. Aber die Herren des neuen Systems sind zweifellos selbst von der Armseligkeit und Wirkungslosigkeit ihres Aufrufs überzeugt, und daher treffen sie schon jetzt Massnahmen, aus denen deutlich hervorgeht, dass sie die Reichstagswahlen zu Terrorwahlen machen wollen. Ihr Verbot der Lustgartenkundgebung, zu der die Berliner Sozialdemokratie für den kommenden Sonntag aufgerufen hatte, gibt bereits einen Vorgeschmack von den Schikanen, mit denen man von oben her im kommenden Wahlkampf die Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft eindämmen will.

Das freiheitliche Deutschland soll eingeschüchtert werden. Wenn sich die Herrschaften nur nicht täuschen. Der Nationalsozialismus hat die 51% nicht geschafft. Der Nationalterrorismus schafft sie erst recht nicht. Das deutsche Volk ist keine Hammelherde.

SPD. Können die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von den Arbeitnehmern während der Krankheitszeit erhoben werden, auch wenn kein Arbeitsentgelt bezogen wird? Der jüngste Erlass des Präsidenten der Reichsanstalt über die Zahlung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Krankheitszeiten lässt diese Frage offen. Der Erlass setzt sich

ganz Allgemein für lückenlose Beitrags- und Abgabenerhebung ein. Dadurch entsteht die Gefahr, dass die Arbeitgeber künftig dazu übergehen, im Krankheitsfall das Beschäftigungsverhältnis möglichst sofort zu lösen; denn der Arbeitgeber kann nicht im voraus wissen, ob es ihm möglich ist, die vorausgelegten Beiträge vom Arbeitnehmer, wenn er wieder in den Bezug des Arbeitsentgelts eingetreten ist, zurückzuerhalten. Aber auch davon abgesehen, wäre eine Belastung mit Beitragszahlung für eine Zeit, in der kein Arbeitsentgelt bezogen wird, eine ungewöhnliche Härte.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Reichsanstalt auf diese Dinge aufmerksam gemacht. Die Reichsanstalt hat daraufhin zunächst einmal ihr Einverständnis mit dem Verzicht auf die Beitragserhebung bei Wegfall des Arbeitsentgelts erklärt.

Ein Bescheid des Reichsarbeitsministers zur endgültigen Klarstellung sollte in Kürze erfolgen. Hoffentlich hat der neue Reichsarbeitsminister noch Zeit, sich auch um diese durchaus nicht unwichtige Angelegenheit zu kümmern.

SPD. Die Handelsvertreter haben in Berlin eine grosse Kundgebung veranstaltet, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Not zu lenken, die ihren Berufsstand heimgesucht hat. Der Rückgang des Absatzes und das Abgleiten der Preise haben das Einkommen der Handelsvertreter in einer Weise gedrückt, dass vielfach die Aufrechterhaltung eines geordneten Geschäftsbetriebs unmöglich macht, ja in vielen Fällen die nackte Existenzmöglichkeit gefährdet wurde.

Die Handelsvertreter verlangen, dass für ihre Notlage die Firmen etwas mehr Verständnis zeigen. Die Provisionssätze sollen den veränderten Verhältnissen und vor allem den erhöhten Anforderungen an den Handelsvertreter besser Rechnung tragen. Für besondere Leistungen des Vertreters, die über die eigentliche Verkaufstätigkeit hinausgehen, sei eine besondere Vergütung erforderlich. Das Missverhältnis zwischen Unkosten und Geschäftsmöglichkeiten müsse durch Gewährung ausreichender Spesenzuschüsse ausgeglichen werden. Ebenso seien pünktliche Abrechnung, sofortige Auszahlung von Provision und Spesen sowie schnelle Abschlagszahlung auf verdiente Provision vor der Abrechnung dringliche Erfordernisse.

Im übrigen fordern die Handelsvertreter Herabsetzung der Post- und Fernsprechgebühren, Verbilligung des Berufsreiseverkehrs und Freistellung von der Umsatz- und Gewerbesteuer.

SPD. Die Nazipresse schweigt sich, soweit man bis jetzt beobachten kann, über die Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums, der ersten Tat der Hitlerregierung, in allen Tönen aus. Jedenfalls ist, wie "Der Deutsche", der die Nazi-Presse genauer verfolgt als wir, feststellt, weder im "Völkischen Beobachter" noch im "Angriff" etwas über die Zerstörung des Arbeitsministeriums zu lesen.

Das ist eine denn doch zu weit gehende Bescheidenheit. Niemand soll sein Licht unter den Scheffel stellen! Da ist nun endlich Hitler an der Macht, und da zeigt nun seine Regierung, was sie kann, und nun wissen die Naziblätter nichts Besseres zu tun, als die Leistungen Adolf Hitlers und seiner Ministerkollegen der Welt zu verschweigen!!

Das geht denn doch nicht. Mit einer solchen Werbungs- und Agitationsmethode kann Hitler in der nun anhebenden Wahlkampagne auf keinen grünen Zweig kommen. Die Hitlerregierung hat das Arbeitsministerium zerschlagen. Warum soll das verschwiegen werden? Ehre, wem Ehre gebührt!

Die Haushälterin

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

No. 10.

Stettin, den 2. Februar 1933.

Spare - aber vernünftig!^x

SPD. "Wenn meine Gelder mir genügen,
Ist Haushaltführen ein Vergnügen!"

So zitierte eine bekannte Kochkünstlerin einmal in einer grossen Haushaltsausstellung und fand damit allseitigen, verständnisvollen Beifall. Sie wollte zweierlei damit sagen, dass nämlich die Frau unter dem Gesichtspunkte der Sparsamkeit das Haushaltsgeld verwalten soll, dass aber andererseits eben doch ein gewisses Mindestmass von Einkommen dazu gehört, wenn die häusliche Tätigkeit nicht zur Qual werden soll. Heute jedoch hat in Millionen von Haushalten das "Haushaltführen als Vergnügen" längst aufgehört, und die Frauen müssen vor jeder Mahlzeit rechnen und abwägen, ob sie auch wirklich das schmale Budget nicht übersteigt. Auch die moderne Hauswirtschaft der Haushaltungsschulen und Vorbereitungskurse hat sich bereits zum grossen Teil auf den "Boden der Tatsachen" gestellt, und den jungen Kochschülerinnen steht nicht mehr, wie einst, eine unübersehbare Fülle herrlichster Nahrungsmittel zum Verarbeiten, Kochen und Aufessen zur Verfügung, sondern die Hauptfrage, die den ganzen Unterricht durchzieht, ist die: Wie kann ich sparen, ohne die Gesundheit meiner Familie zu schädigen; wie kann ich mich einrichten, ohne dass der Haushalt langsam darüber zu Grunde geht?

Und wie im Weltkriege häufen sich auch heute die guten Ratschläge, wie der Haushalt zu führen sei. Leider aber ist vieles nur theoretisch richtig. In der Praxis, die sich ja meist auf lange Zeiträume erstreckt, sieht manches anders aus. Nur wer selbst auf längere Dauer im Haushalt an allen Ecken und Enden sparen muss, der weiss auch, wieviel bitteres Lehrgeld gezahlt werden muss, bis man endlich wirklich so etwas wie eine Richtschnur findet, nach der sich leben lässt. Um mit dem Heizen zu beginnen: Natürlich müssen, wenn die Einkünfte rapide sinken, zuerst die Kohlen herhalten. Zähneklappernd sitzt die Familie in einem kaum erwärmten Zimmer; alte Mäntel, Pelze, ja, die Schlafsäcke des sommerlichen Zeltens aus einer besseren Zeit werden feierlich ans Tageslicht befördert, und phantastische Kostüme entstehen, die jeder Nordpolexpedition Ehre machen könnten. Die Folge ist, dass jeder trotz seiner Hüllen jämmerlich friert und ein gelegentliches Öffnen des Fensters als tückischen Angriff empfindet, der energische Abwehr verdient. Erst als am nächsten Tage das Familienoberhaupt über furchtbaren Hexenschuss stöhnt, während die Hausfrau mit einer Schnupfennase herumgeht, rückt man dem Problem des Heizens mit andern Mitteln zu Leibe: Man lüftet nämlich zunächst einmal richtig, jede Stunde fünf Minuten! Dadurch ist stets genügend Sauerstoff im Zimmer, und die Luft wird rascher erwärmt. Dann aber werden alle Küchenabfälle, die sich verwenden lassen, dem Ofen anvertraut. Wenig bekannt ist beispielsweise, dass trockene Apfelsinenschalen vorzüglich brennen. Natürlich muss jeder Ofen ausprobiert werden. Ein Kachelofen stellt andre Anforderungen als ein eiserner Herd, und Voraussetzung jeder vernünftigen Sparsamkeit im Heizen ist die genaue Kenntnis des Ofens.

Vielleicht noch schwieriger ist Sparsamkeit in der Ernährung. Hier kann man sich nur dadurch einigermaßen helfen, dass man sich Nährwert und Preis der einzelnen Lebensmittel notiert. Da wird man etwa zu folgenden Ergebnissen

kommen: Wichtig ist die Kartoffel, weil sie billig ist und Kohlehydrate liefert, die der Körper zu seinem Aufbau unbedingt braucht. Empfehlenswert sind sodann Magerkäse und Quark (Eiweissgehalt). Ferner kann man verwenden: Heringe, Schellfische (die billigsten Fische) und Rindfleisch (das billigste Fleisch), die ebenfalls Eiweiss liefern. Als Ergänzung zu Quark, Milch oder Käse dient sehr zweckmässig Vollkornbrot, das ebenfalls Eiweiss enthält. Oele und Fette dienen zur Zuführung der notwendigen Fettmengen. Vitamine sind im Winter im allgemeinen teuer, wenn man an Salate und Obst denkt. Billig aber ist Sauerkraut, das Vitamine spendet, ferner Rapünzchensalat, in der Apfelsinenzzeit selbstverständlich Orangen. Schon eine halbe Apfelsine täglich kann nützen und den Mangel an Vitamine ausgleichen. Auch etwas Zitronensaft (die Medizin empfiehlt eine Fünftel Zitrone täglich pro Kopf) ist wichtig. Mineralstoffe endlich finden wir in Magermilch, Spinat, Mohrrüben, Mangold, Sauerampfer, Kartoffeln. Mit dieser kleinen Uebersicht lässt sich schon etwas anfangen. Natürlich sind dabei eine ganze Anzahl von Nahrungsmitteln unberücksichtigt geblieben, so z.B. Eier, Weissbrot, Kakao, Schokolade usw., die ihres Preises wegen nicht in eine Rubrik billiger Lebensmittel gehören. Für die Hausfrau, die mit einem Mindestmass von Geld auskommen muss, bedeuten sie nur gelegentliche Zusatzmittel.

Ein Gebiet für sich ist die richtige Verwendung von Abfällen. Hier sind wahre Preisaufgaben zu lösen, und manchmal muss man schon mit einem erheblichen Mass von Phantasie und Weisheit begabt sein, um sie zu erraten. Wer weiss zum Beispiel, dass man mit einem Rest Oel in der Flasche die scheusslichsten Schrammen auf gelackten oder polierten Möbeln beseitigen kann? - Oder was hat die Hausfrau in der Hand, die soeben aus Leibeskräften Badewanne und Waschtisch scheuert? - Seife? Putzmittel? Keineswegs! Das sind umgestülpte Zitronen- und Apfelsinenschalen, die sich trefflich dazu eignen. - Aber nun eine letzte in der Praxis erprobte Preisfrage: Was macht man mit einer abgenutzten Scheuerbürste und einem alten Filzhut? - Na, versuchen wir doch mal, ein Pärchen aus den beiden zu machen! Nageln wir also den Filzhut hübsch säuberlich über die Scheuerbürste, und siehe da: Der Erfolg ist ein tadelloser Linoleumböhrer.

Das sind einige wenige Proben aus verschiedenen Gebieten. Sie zu ergänzen, muss jeder einzelnen Hausfrau vorbehalten bleiben. Hauptgrundsatz bei allem aber muss sein: Nicht nur zu sparen, sondern wirklich mit Vernunft zu sparen. Wer bei wahlloser Sparsamkeit seine Gesundheit preisgibt, ist in Wirklichkeit ein Verschwender, denn auch hier kommt es im Letzten nicht auf das "Was", sondern das "Wie" an.

- s.

Weibliche Angestellte.^x

SPD. In einer Folge sozialpolitischer Schriften gibt Josef Witsch eine Broschüre heraus, die die konkrete Lage der als Angestellte tätigen Frauen zeigt, wie sie sich in der schönen Literatur, also im Roman, in der Reportage, und im autobiographischen Roman widerspiegelt. Dass die Werkstätigkeit der Frau heute mehr und mehr zum Gegenstande der Literatur wird, rührt gewiss in erster Linie von den Wandlungen in den ökonomischen Verhältnissen her, die die Lage der Angestellten grundlegend verändert und die bisher recht wenig beachtete Schicht immer mehr in den Mittelpunkt der sozialen Betrachtung gerückt haben. Dass das Angestelltenproblem überdies weitgehend als Problem der Frau und ihrer Berufsarbeit anzusehen ist, geht schon daraus hervor, dass es zum grössten Teil Frauen sind, die hinter Schreibmaschinen, Kontorpulten und Ladentischen ihr Brot verdienen.

Was die Umfrage des Zentralverbandes der Angestellten und andre gewerkschaftliche Untersuchungen mit Hilfe der summierenden Statistik feststellen, sucht die Literatur am Einzelschicksal deutlich zu machen. Wenn auch die Heldin oft individuelle Züge aufweist, die bei ihren Kolleginnen nicht zu finden sind, so lässt sich das, was gesagt wird, im grossen und ganzen doch verallgemeinern. Es sind charakteristische Züge da, die das Einzelschicksal symptomatisch für eine ganze Klasse werden lassen.

An Hand der aktuellsten und bekanntesten literarischen Schöpfungen erörtert Witsch diese brennenden Fragen. Er berücksichtigt u.a. die Romane von Anita Brück, Paula Schlier, Irmgard Keun, Rudolf Braune, Maria Leitner, ferner die Schriften von Sinclair Lewis, Edna Ferber und Wilhelm Speyer. In diesen Romanen werden der sozialen Herkunft nach in der Hauptsache drei Typen von weiblichen Angestellten unterschieden: Erstens drängen Frauen und Mädchen aus Arbeiterkreisen in die Angestelltenberufe, weil sie darin eine Möglichkeit zu sozialem Aufstieg sehen. Die wirtschaftlichen Folgen von Krieg und Inflation treiben ferner viele Frauen des verarmten Mittelstandes in die Angestelltenberufe. Daneben gibt es noch eine Gruppe von Frauen, deren soziale Herkunft nicht eindeutig zu umreissen ist. Das Kennzeichen dieser Frauen ist in erster Linie, dass nicht wirtschaftliche Not sie zur Erwerbstätigkeit führt, sondern der Wunsch nach einem Beruf und nach persönlicher Unabhängigkeit von der Familie oder vom Manne. Zu dieser Gruppe kann man auch die Frauen und Mädchen rechnen, denen es lediglich um das Verdienst eines Taschengeldes geht; denn das selbstverdiente Geld erlaubt eine gewisse Unabhängigkeit vom Elternhaus.

Das Lebensalter, besonders die schwierige Lage der älteren Angestellten wird in den einzelnen Werken ausführlich behandelt. Das Älterwerden ist für die meisten älteren Angestellten verhängnisvoll. Jüngere Kräfte sind billiger und da man bei der immer grösser werdenden Mechanisierung der Arbeit nicht mehr auf eingearbeitetes Personal angewiesen ist, stellt man lieber jüngere Kolleginnen ein. Neben dem Alter ist auch die äussere Erscheinung sehr ausschlaggebend für das Fortkommen. Junge, hübsche, gut angezogene Bewerberinnen werden oft ihren diese Vorteile nicht aufweisenden Berufskolleginnen vorgezogen. Auch sexuelle Ausbeutung weiblicher Angestellter, die in der Literatur immer wieder gegeisselt wird, mag häufig genug vorkommen. Aber man darf nun doch noch lange nicht folgern, dass solche Zustände überall da existieren, wo Männer und Frauen zusammen arbeiten. Allerdings gibt es häufig für die weiblichen Angestellten keine Möglichkeit, gegen derartige Zustände anzugehen, ohne sich selbst zu schädigen. Oft sind sie auch gezwungen, sich auf diesem Wege die Mittel für notwendige Zuwendungen zu verschaffen, für die ihr bescheidenes Gehalt nicht ausreicht, zumal da von ihnen verlangt wird, dass sie gut angezogen sind.

In allen vorliegenden Werken wird übereinstimmend die unzureichende Entlohnung der weiblichen Angestellten hervorgehoben. Die meisten sind gezwungen, noch etwas nebenher zu verdienen. Oft aber ist die Arbeit im Betriebe derartig ermüdend und aufreibend, dass für einen Nebenverdienst weder Zeit noch Kräfte übrig bleiben. Infolge unzureichender Entlohnung, Ueberanstrengung und Eintönigkeit der Arbeit werden viele Kräfte frühzeitig verbraucht. Sie werden dann einfach abgebaut, da es nicht schwer ist, Ersatz zu finden; jüngere und billigere Kräfte gibt es genug. Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf gibt es aus diesen Gründen für die weiblichen Angestellten nur wenig. Viele Angestellte betrachten daher ihren Beruf nur als Uebergangsstadium, als notwendiges Uebel vor der Ehe.

Eine wichtige Frage, die auch in der Literatur immer wieder behandelt wird, ist die Kollegialität. Während ein gutes Verhältnis zum Chef oder Vorgesetzten Bedingung ist, ist nicht selten von einem guten Auskommen der Angestellten untereinander wenig zu bemerken. Oft ist im Betriebe die Rivalität grösser als die Kollegialität. Das ist die natürliche Folge des ganzen Ar-

beitsbetriebes. Besonders krass tritt dies im Warenhausbetrieb in Erscheinung, da dort die Leistung nach dem Umsatz bewertet wird; dadurch wird hier die Kollegialität sozusagen absichtlich untergraben: die Verkäuferinnen kämpfen gleichsam miteinander um die Kunden.

Man sieht also, dass der Beruf vieles Unerfreuliche für die Angestellten mit sich bringt. Ein befriedigendes ausserberufliches Leben könnte manches erleichtern. Es wird jedoch in der Literatur immer wieder gezeigt, dass dieses in den meisten Fällen nicht möglich ist. Das Angestelltengehalt erlaubt nicht die Unterhaltung einer eigenen Wohnung. Das möblierte Zimmer ist in den seltensten Fällen ein idealer Aufenthalt, und die Enge des proletarischen Familienhaushaltes ist meistens auch kein Gegengewicht gegen die Unannehmlichkeiten des Berufes. Die Analogie zur Fabrikarbeiterin liegt hier sehr nahe. Daher klingt uns aus allen Darstellungen ein Unterton von Resignation entgegen; da die heutige Organisation der Frauenarbeit bestimmte Bedürfnisse der Frau einfach unbefriedigt lässt. Berufsmüdigkeit und Angst vor dem Schicksal der älteren Arbeiterin zwingen dann häufig zu einer Ehe, die sich auch als falsche Lösung herausstellt, weil sie unter unrichtigen Voraussetzungen geschlossen wurde.

Mehr und mehr schreitet die Proletarisierung der Angestellten fort, besonders heute, wo die Krise eine grosse Zahl von Angestellten brotlos macht. Trotzdem lässt die Solidarität der Angestellten mit den Arbeitern noch manches zu wünschen übrig. Das kleinste Büromädel dünkt sich heute manchmal mehr als die Arbeiterin. Hier liegt gewiss noch ein grosses Arbeitsfeld für die Gewerkschaften, deren Existenz noch fast nie in der Literatur erwähnt wird. Die Frage nach der gewerkschaftlichen Organisation der Frau ist noch nicht beantwortet. - Aus allem aber ergibt sich der Schluss, dass die berufliche Organisation der erwerbstätigen Frau Lücken aufweist. Die Lage der weiblichen Angestellten charakterisiert Kracauer wohl am besten mit den Worten: "Die Masse der Angestellten unterscheidet sich vom Proletariat darin, dass sie geistig obdachlos ist. Zu den Genossen kann sie nicht hinfinden, und das Haus der bürgerlichen Begriffe und Gefühle, das sie bewohnt hat, ist eingestürzt, weil ihm durch die wirtschaftliche Entwicklung die Fundamente entzogen worden sind. Sie lebt gegenwärtig ohne eine Lehre, zu der sie aufblicken, ohne ein Ziel, das sie erfragen könnte. Also lebt sie in Furcht davor, aufzublicken und sich bis zu Ende durchzufragen."

Meta Helen Jacobs

"Wohltätigkeit".

SPD. "Die Maiern kühlt sich schon wieder in Wohltätigkeit", pflegte meine gute Tante zu sagen, wenn das tonangebende Oberhaupt des Jungfrauenvereins Anstalten traf, die Armen unsres Heimatstädtchens zu unterstützen. Es waren damals noch recht satte, friedliche Zeiten. In der guten Stube, einem Greuelmuseum vom Hochzeitstage an, standen genug Tombolagewinne herum. Die jungen Damen und Herren scheuten keine Unkosten, um sich als lebendes Bild recht vorteilhaft zu präsentieren. Ausserdem war's eine verlockende Gelegenheit zu tanzen und für die Alten zu tratschen, und nebenbei wurde je eine Mark "für unsre Armen gespendet". Zum Schlusse hatte man Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt und sich ausgezeichnet amüsiert. Allerdings konnten nach Abzug aller Auslagen doch immer nur die "Würdigsten" bedacht werden.....

Was damals die Maiern einmal im Jahre mit so viel Betriebsamkeit, wie nun einmal nötig war, aufzog, um sich wichtig zu machen, ist heute leider ein brennendes Problem geworden, und es gehört schon eine robuste Veranla-

gung dazu, hier überhaupt noch von "Wohltätigkeit" zu sprechen. In einer Zeit, in der jeder volle Magen mehr oder minder ein Glückszufall ist, bedeutet es ja eigentlich nur noch selbstverständliche Pflicht, von dem, was darüber ist, den minder Begünstigten etwas abzugeben. Trotzallem - man kühlt sich nach wie vor in Wohltätigkeit. Ob es nun Riesenveranstaltungen sind mit allen Prominenten, deren Namen gut und teuer klingen, mit Autoanfahrten über drei Querstrassen hinweg, Toiletten, die ihre Schneiderateliers pleite machen (und das alles zusammen ergibt dann gerade knapp kein Defizit), oder etwa ein Bridgewohltätigkeitsspiel zur Unterhaltung arbeitsloser Damen der Gesellschaft, bei dessen Resultat man sich dann ungern in Zahlen ausdrückt - - man kühlt sich in Wohltätigkeit!

Folgendes sah ich unlängst in einer illustrierten Zeitung: Eine Dame blickt mit mütterlichem Photographierlächeln auf zwei Proletarierkinder herab, die sehr kostbares Spielzeug im Arme halten. Unterschrift: "Frau X. hat einen Spielzeugverleih für Kinder von Arbeitslosen eingerichtet."

Ein hübsches Bild und von der betreffenden Dame sicher mit Liebe gestellt. Aber was ist dabei zu bedenken? Jedes gesunde Kind, gleich welcher Volksschicht, bastelt sich sein Spielzeug am liebsten selbst. Es braucht keine Kruse-Puppe, auch nicht zu den stark herabgesetzten Preisen wie von 39,50 Mk. auf 34.- Mk., auch keine Teddybären in Lebensgrösse oder Eisenbahnen, die durch eine Siebenzimmerwohnung laufen können. Es hat weit mehr Spass daran, sich schöpferisch zu betätigen, und dazu genügt ihm vollauf buntes Klebepapier, der immer wieder verwendbare Modellierton, Streichholzschachteln, Zigarrenkisten usw. - Ganz abgesehen davon dürfte es (gelinde gesagt) doch recht unhygienisch sein, gerade bei Kleinkindern das Spielzeug in dieser Weise zu tauschen. Und wenn nun z.B. ein Kind seinen Teddy, mit dem es Abends schlafen geht und Morgens aufsteht, so lieb gewonnen hat, dass es sich nicht mehr von ihm trennen will?

Nein, das ist sicher kein richtiger Weg, wohltätig zu sein. Man könnte vielleicht mit demselben überflüssigen Geld und derselben überflüssigen Zeit in einem geheizten Raum eine Spielzeugwerkstatt für arme Kinder einrichten. Aber ob man damit auch in illustrierte Zeitungen kommen würde?

E.B.

Ein Held des Alltags.^x

SPD. Herr Stolle, der Gerichtsvollzieher, schüttelte nachdenklich den grauen Kopf: "Tja, in unserm Berufe lernt man die Menschen kennen."

Ich witterte eine Geschichte.

"Kennen Sie das kleine Kolonialwarengeschäft am Ende der Strasse?" fragte er. "Wegener?"

"Gewiss; wohl ein guter - Kunde?" meinte ich leichthin. Ich kannte den kleinen Kaufmann Wegener; man sah ihm an, dass er sich mit seinem bescheidenen Geschäft abrackerte, ohne es dabei zu etwas zu bringen. Mit Mühe und Not lebte er davon; das war alles....

Der Gerichtsvollzieher winkte ab: "Kunde ist heute jeder. Oder doch nahezu jeder. Und der Wegener hat sich anständiger durchgeschlagen als mancher Andre mit besserem Umsatz. Zu anständig - das ist sein ganzes Unglück.

Ich kenne ihn seit mehr als zehn Jahren. Damals hat er geheiratet. Geld hatte sie nicht, aber Wegener wäre der Letzte gewesen, darauf zu achten. Schlimm dagegen war, dass sie auch fürs Geschäft nicht taugte. Neue Kleider und jeden Abend ausgehen - das war ihr Ideal. Obendrein war sie zehn Jahre jünger als er. Wie sie sich kennengelernt haben, weiss ich nicht, ist mir auch ein Rätsel, heute noch. Wohl aber weiss ich, wie die Ehe endgültig in

die Brücke ging. Das ist noch nicht lange her. Die Nachbarn munkelten seit Jahren und lachten. Und jetzt vor drei Monaten ist sie verschwunden, wie es heisst nach Holland. Ein reicher Gemüsehändler oder etwas ähnliches, irgendwo am Niederrhein. Vor vierzehn Tagen war die Scheidung. Sie hatten ein Kind, einen Knaben von zwölf Jahren; den hat das Gericht dem Vater zugesprochen. Das war selbstverständlich. "Ein aufgeweckter Junge, obenan in der Schule," erzählte mir mehr als einmal der Klassenlehrer, der sich um die soziale Lage seiner Schüler und der Eltern redlich zu kümmern pflegt. Von dem hörte ich neulich den eigentlichen Kern dieses Trauerspiels: Wegener war bei ihm, hielt einen Brief in der Hand und fragte, was er machen solle. Der Brief war von seiner Frau und ihrem jetzigen Mann; sie erboten sich darin, den Jungen studieren zu lassen, wenn er ihn ihnen abtrete.... Der Lehrer sagte mir, es sei ein dramatischer Konflikt gewesen. Der Vater hing an dem Jungen; er klammerte sich geradezu an ihn, als graute ihm vor der Einsamkeit, der Verlassenheit, die ihn erwartete; wenn er auch das Kind noch verlor. Aber auf der andern Seite stand die Sorge, vielmehr die Gewissheit, dass er seinem Sohne niemals das bieten könnte, was seine frühere Frau und deren Mann ihm jetzt zu geben sich erboten. Und er wusste, dass es grausam wäre, das begabte Kind vom Studium auszuschliessen. Er wusste es, und der Lehrer, den er befragte, bestätigte es ihm pflichtgemäss. Kopfnickend und stumm ist er da wieder gegangen.

Das war vor acht Tagen. Heute war ich bei ihm. Dienstlich. Zwei Wechsel gingen zu Protest. Eigentlich unerwartet für mich, denn man kennt doch seine Kunden, und ich hatte erst wieder für Ende des Monats Ebbe bei ihm erwartet. Dafür erzählte er mir, dass sein Junge heute Abend reise. Eine Stadt, irgendwo am Rhein, an der Grenze. So leid es ihm täte: er habe ihn gehörig ausstatten und dazu das Geld angreifen müssen, das eigentlich.... Er deutete bekümmert auf die Wechsel....

Der Junge stand daneben, in einem neuen Anzug, blitzsauber. Aus der Tasche zog er eine Uhr, blückte mit kindlichem Stolz darauf und steckte sie wieder ein. Ich sah, dass Uhr und Kette nagelneu waren. "So oft er sie aus der Tasche zieht, soll er an seinen Vater denken können," flüsterte Wegener mir zu. Da empfand ich deutlich, welches Opfer dieser Mann brachte, indem er sein Kind andern Leuten überliess. Aber so war er und ist er: rechtschaffen und pflichtgetreu. An sich selbst denkt er wahrscheinlich nur Nachts, wenn Sorge und Kummer ihn wach halten. Das ist die Geschichte, die ich Ihnen erzählen wollte. Glauben Sie mir, wir lernen die Menschen kennen!" -

Ich bin Abends zum Bahnhof gegangen. Nicht aus Neugierde. Ich empfand Hochachtung vor dem Manne, der Verrat verzieh und den eigenen Groll niederzwang - um seines Kindes willen.

Am Abteilstfenster sah ich ihn stehen, bei seinem Sohne, bis der Fahrdienstleiter das Zeichen gab und der Zug sich in Bewegung setzte. Ich sah ihn winken, bis im Rauch der Lokomotive das weisse Taschentuch seines Kindes verschwand. Für immer! Vielleicht, ganz vielleicht später einmal, wenn er alt und grau war, ein gelegentlicher Besuch... als Arzt oder Anwalt... wenn der Junge dann noch derselbe war wie heute.... noch von seinem Vater wissen wollte... dem Kolonialwarenhändler.....

Ich sah ihn die Treppe hinabsteigen, unsicher, verloren, mit feuchten Augen; ein Held des Alltags, still verzichtend auch da, wo Richter ihm das Recht zugesprochen hatten. Sein Kind ging vor!

Margarete Wöckener.